

# Volksdeutsche in Tschenstochau

Nationalsozialistische Germanisierungspolitik für Täter,  
Profiteure und Zuschauer des Holocaust

von

Stephan Lehnstaedt

Am 3. September 1939 eroberte die deutsche Wehrmacht die polnische Stadt Częstochowa, die für die nächsten fünf Jahre offiziell nur noch den Namen Tschenstochau tragen sollte. Bereits am darauf folgenden Tag kam es unter nicht völlig geklärten Umständen zu Schießereien, die die Soldaten des 42. Infanterieregiments als Freischärlerangriff interpretierten. Was folgte, war ein Massaker auf dem Marktplatz: Dort wurden etwa 10 000 Einwohner der Stadt zusammengetrieben und gezwungen, sich mit dem Gesicht auf den Boden zu legen. Männer, bei denen die Wehrmachtangehörigen Rasier- oder Taschenmesser fanden, wurden beiseite geführt und erschossen. Nach deutschen Angaben starben an diesem 4. September, der als „blutiger Montag“ in die Stadtgeschichte eingegangen ist, drei Frauen und 96 Männer. Bei einer vom deutschen Stadthauptmann im Februar 1940 veranlassten Exhumierung jedoch wurden Leichen von insgesamt 227 Personen gefunden.<sup>1</sup>

Gut einen Monat später wurde Tschenstochau, das nur zehn Kilometer von der neuen Reichsgrenze entfernt war, als westlichste Stadt dem Distrikt Radom zugeschlagen, der neben Warschau, Krakau, Lublin und ab 1941 Galizien einen der Verwaltungsbezirke des neu geschaffenen Generalgouvernements bildete. In der Stadt, die wegen der „Schwarzen Madonna“ auf dem Hellen Berg (Jasna Góra) das bedeutendste Wallfahrtszentrum Polens war und bis heute ist, lebten bei Kriegsausbruch etwa 160 000 Menschen, davon rund 30 000 jüdische Polen, was einem Anteil von 19 Prozent entsprach. Doch die deutschen Truppen hatten auch einige Polen mit deutschen Wurzeln „befreit“, also Polen, die unter der Bezeichnung „Volksdeutsche“ firmierten.<sup>2</sup>

Diese Gruppe stellte zunächst einen von mehreren Vorwänden für den deutschen Angriffskrieg dar, da der polnische Staat in der Zwischenkriegszeit ihre kulturelle Entfaltung angeblich nicht gewährleistet habe und sie verfolgt worden sei.<sup>3</sup> Im weiteren Kriegsverlauf fiel ihnen als Soldaten und Verwal-

<sup>1</sup> Vgl. JOCHEN BÖHLER: Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen 1939, Frankfurt 2006, S. 98-107.

<sup>2</sup> Vgl. allgemein Die „Volksdeutschen“ in Polen, Frankreich, Ungarn und der Tschechoslowakei. Mythos und Realität, hrsg. von JERZY KOCHANOWSKI und MAIKE SACH, Osnabrück 2006 (Einzelveröffentlichungen des DHI Warschau, 12).

<sup>3</sup> Vgl. DORIS L. BERGEN: Instrumentalization of Volksdeutschen in German Propaganda in 1939. Replacing/Erasing Poles, Jews, and Other Victims, in: German Studies Review 31 (2008), S. 447-470. Siehe ferner DIES.: The Nazi Concept of „Volksdeutsche“

tungsangehörigen eine wichtige Rolle im Besatzungsregime zu. Überdies profitierten sie direkt von der Enteignung und Entrechtung der polnischen Juden – und beobachteten zugleich genau deren Vernichtung.

Die Geschichte der Volksdeutschen ist weitgehend erforscht. Gerade die unter dem Namen „Generalplan Ost“ durchgeführte Umsiedlung Volksdeutscher aus dem östlichen Europa in die gewaltsam eingegliederten neuen Teile des Reichs, aus denen zuvor die jüdische Bevölkerung deportiert worden war, wurde inzwischen eingehend untersucht.<sup>4</sup> Zu den umfassenden Bemühungen zur „Heimholung“ der Deutschen in Osteuropa vor allem durch Heinrich Himmler, den „Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums“, sowie den dahinter stehenden ideologischen Prämissen liegen mittlerweile ebenso Studien vor<sup>5</sup> wie zum Sonderfall Zamość, jener Region östlich von Lublin, in welcher in einer groß angelegten Aktion die einheimische Bevölkerung deportiert und Volksdeutsche angesiedelt wurden.<sup>6</sup>

---

and the Exacerbation of Anti-Semitism in Eastern Europe 1939-45, in: *Journal of Contemporary History* 29 (1994), S. 569-582, bes. S. 570. Vgl. zur Situation der Volksdeutschen in der Zwischenkriegszeit GERHARD WOLF: Die deutschen Minderheiten in Polen als Instrument der expansiven Außenpolitik Berlins, in: *Die „Volksdeutschen“* (wie Anm. 2), S. 41-75; ANTHONY KOMJATHY, REBECCA STOCKWELL: *German Minorities and the Third Reich. Ethnic Germans of East Central Europe between the Wars*, New York 1980; vgl. ferner den Forschungsüberblick von ALBERT S. KOTOWSKI: *Die deutsche Minderheit in Polen 1919-1939/45. Forschungsstand und -desiderata*, in: *Nordost-Archiv* 9 (2000), 2, S. 483-506.

<sup>4</sup> Vgl. hierzu grundlegend GÖTZ ALY: „Endlösung“. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt/M. 1995; *Der „Generalplan Ost“*. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik, hrsg. von MECHTILD RÖSSLER, Berlin 1993; *Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan*, hrsg. von CZESŁAW MADAJCZYK, München 1994 (Einzelveröffentlichungen der historischen Kommission zu Berlin, 80). Zu den Umsiedlungen von Polen und der Ansiedlung von Volksdeutschen in der Umgebung von Tschenstochau vgl. JAN PIETRZYKOWSKI: *Hitlerowcy w powiecie częstochowskim 1939-1945* [Die Nationalsozialisten in der Region Tschenstochau], Katowice 1972, S. 50-57.

<sup>5</sup> Vgl. z.B. MARKUS LENIGER: *Nationalsozialistische „Volkstumsarbeit“ und Umsiedlungspolitik 1933-1945. Von der Minderheitenbetreuung zur Siedlerauslese*, Berlin 2006; VALDIS O. LUMANS: *Himmler's Auxiliaries. The Volksdeutsche Mittelstelle and the German National Minorities of Europe 1933-1945*, Chapel Hill 1993; ROBERT S. KOEHL: *RKFDV. German Resettlement and Population Policy 1939-1945. A History of the Reich Commission for the Strengthening of Germanism*, Cambridge/Mass. 1957 (Harvard Historical Monographs, 31); BRUNO WASSER: *Himmlers Raumplanung im Osten. Der Generalplan Ost in Polen 1940-1944*, Basel 1993 (Stadt – Planung – Geschichte, 15).

<sup>6</sup> Vgl. WASSER (wie Anm. 5); *Zamojszczyzna – Sonderlaboratorium SS. Zbiór dokumentów polskich i niemieckich z okresu okupacji hitlerowskiej* [Die Region Zamość – Sonderlaboratorium der SS. Sammlung von polnischen und deutschen Dokumenten aus der Zeit der NS-Besatzung], hrsg. von CZESŁAW MADAJCZYK, 2 Bde., Warszawa 1977.

Beinahe nichts ist hingegen über diejenigen Volksdeutschen in Polen bekannt, die zwischen der neuen Ostgrenze des Deutschen Reichs und der Weichsel lebten und nicht umgesiedelt wurden.<sup>7</sup> Ihr Leben, ihr Beitrag zur Besatzungsherrschaft und die Politik der Nationalsozialisten ihnen gegenüber sind bislang kaum untersucht worden. Und obwohl in Tschenstochau, das zu einer Zone „beschleunigter deutscher Besiedlung gehörte“<sup>8</sup>, die Volksdeutschen unter ihren ehemaligen Landsleuten bis zum Rückzug der Wehrmacht vor der Roten Armee in der Stadt verblieben, gehen auch aktuelle Studien zum Distrikt Radom<sup>9</sup> sowie grundlegende lokalgeschichtliche Arbeiten<sup>10</sup> nicht oder nur sehr oberflächlich auf diese Gruppe ein.

Auf Grundlage von Akten der Stadthauptmannschaft aus dem Archiwum Państwowe w Częstochowie (Staatsarchiv Tschenstochau) sowie einem Bestand, der im Institut für Zeitgeschichte in München überliefert ist, kann am Beispiel Tschenstochaus gezeigt werden, wie die Inklusion dieser Bevölkerungsgruppe in die Volksgemeinschaft aussah und welche Ziele dahinter standen. Die Ermordung von über 40 000 Juden aus dem örtlichen Ghetto wirft die Frage nach der Beteiligung der Volksdeutschen am Holocaust als Täter, Profiteure und Zuschauer auf. Darüber können die Erfassung der volksdeutschen Einwohner in der so genannten „Deutschen Volksliste“ und ihre anschließende „Germanisierung“ mittels eigener Kultur- und Unterhaltungsangebote Aufschluss geben. Auch die Sozial- und Wirtschaftspolitik sowie

<sup>7</sup> Im Standardwerk *Deutsche Geschichte im Osten Europas. Land der großen Ströme. Von Polen nach Litauen*, hrsg. von JOACHIM ROGALL, Berlin 2002, sind ihnen die S. 444-447 gewidmet; die Seiten 445 und 446 sind allerdings zwei Bildern vorbehalten. Vgl. zum Forschungsstand KOTOWSKI (wie Anm. 3), S. 503 ff. Für die Volksdeutschen in Warschau siehe STEPHAN LEHNSTAEDT: *Okkupation im Osten. Besatzeralltag in Warschau und Minsk 1939-1944*, München 2010 (im Erscheinen). Weitere Erkenntnisse sind von einer Studie zu erwarten, die Doris L. Bergen z.Zt. unter dem Titel „Hitler's chosen people. The ‚Volksdeutschen‘ of Eastern Europe in the Second World War“ vorbereitet.

<sup>8</sup> Vgl. CZESŁAW MADAJCZYK: *Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939-1945*, Berlin (O) 1987, S. 394 f., sowie die Karte bei WASSER (wie Anm. 5), S. 306 f.

<sup>9</sup> Vgl. JACEK ANDRZEJ MŁYNARCZYK: *Judenmord in Zentralpolen. Der Distrikt Radom im Generalgouvernement 1939-1945*, Darmstadt 2007 (Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ludwigsburg der Universität Stuttgart, 9); ROBERT SEIDEL: *Deutsche Besatzungspolitik in Polen. Der Distrikt Radom 1939-1945*, Paderborn 2006.

<sup>10</sup> Vgl. JAN PIETRZYKOWSKI: *Hitlerowcy w Częstochowie w latach 1939-1945* [Die Nationalsozialisten in Tschenstochau 1939-1945], Poznań 1959 (Badania nad okupacją Niemiecką w Polsce, 6); DERS.: *Hitlerowcy w powiecie częstochowskim* (wie Anm. 4); DERS.: *Cień swastyki nad Jasną Górą. Częstochowa w okresie hitlerowskiej okupacji 1939-1945* [Das Hakenkreuz über dem Hellen Berg. Tschenstochau während der nationalsozialistischen Besatzung 1939-1945], Katowice 1985; DERS.: *Życie okupacyjne w Częstochowie (1939-1945)* [Besatzungsleben in Tschenstochau], Częstochowa o.D. [1986]; *Życie codzienne w Częstochowie w XIX i XX wieku* [Alltagsleben in Tschenstochau im 19. und 20. Jh.], hrsg. von RYSZARD SZWED und WALDEMAR PALUS, Częstochowa 1999; JANUSZ ZBUDNIEWEK: *Jasna Góra w latach okupacji hitlerowskiej* [Der Helle Berg während der nationalsozialistischen Besatzung], Częstochowa 1991.

der Einsatz von Volksdeutschen in Einheiten und Dienststellen der Okkupanten geben Auskunft über die Situation der Volksdeutschen während der Besetzung. So kann exemplarisch untersucht werden, inwieweit die Besatzer gemeinsam mit den Volksdeutschen – und zu deren Gunsten – die Entrechtung, Enteignung und Ermordung von Polen und Juden vorantrieben. Darüber hinaus wird auch deutlich, inwieweit die Verbrechen von Besetzung und Holocaust von den individuellen lokalen Umständen bestimmt wurden beziehungsweise davon losgelöst waren.

## I.

Auf dem Gebiet der Republik Polen lebten 1938 rund 1,2 Millionen Menschen, die der Kategorie „Volksdeutsche“ zuzuordnen waren<sup>11</sup>, die meisten von ihnen in den westlichen Teilen des Landes, die ein Jahr später als „Reichsgau Wartheland“ bzw. „Reichsgau Danzig-Westpreußen“ dem Deutschen Reich einverleibt wurden. Für das Territorium des Generalgouvernements sind exakte Zahlen wesentlich schwieriger zu benennen. Eine Schätzung aus dem Jahr 1931 für das Gebiet des ehemals russischen Kongresspolen um die Hauptstadt Warschau, das sich geographisch weitgehend mit dem Generalgouvernement deckt, ging von rund 310 000 ethnischen Deutschen aus.<sup>12</sup>

Aufgrund des recht begrenzten Umfangs der Unterstützungsmaßnahmen für die deutsche Minderheit in Polen vor dem Krieg konnte die Volksdeutsche Mittelstelle als zentrale Berliner Lenkungs- und Planungsinstitution 1939 nur einen kleinen Teil der deutschen Polen in den Listen der ihr zuarbeitenden oder unterstellten Organisationen im Nachbarland nachweisen.<sup>13</sup> Als zentrales Problem in der Politik für die Volksdeutschen stellte sich also 1939 und 1940 zunächst deren Erfassung dar. Ab 1941, mit der Schaffung der Deutschen Volksliste, kamen zahlreiche Definitionsfragen hinzu: Die Nationalsozialisten schufen vier Kategorien zur Einleitung der Volksdeutschen, die die „rassische Qualität“ der Aufgelisteten widerspiegeln sollten, sich aber vor allem durch ihre zweifelhafte Trennschärfe auszeichneten.<sup>14</sup> In der ersten Gruppe wurden

<sup>11</sup> Vgl. zur problematischen Definition der Kategorie „deutsch“, die auch die Zwangsinkorporation in die „Volksgemeinschaft“ beinhaltete, NORBERT GÖTZ: German-Speaking People and German Heritage. Nazi Germany and the Problem of Volksgemeinschaft, in: *The Heimat Abroad. The Boundaries of Germanness*, hrsg. von KRISTA O'DONNELL u.a., Ann Arbor 2005, S. 58-81.

<sup>12</sup> Vgl. LUMANS (wie Anm. 5), S. 93 f.

<sup>13</sup> Vgl. ebenda, S. 97 ff.

<sup>14</sup> Dienstanweisung für die Umsiedlung der Volksdeutschen aus dem Generalgouvernement, hrsg. von der Volksdeutschen Mittelstelle Umsiedlung, o.O. o.D., S. 5-9. Vgl. ROBERT L. KOEHL: The Deutsche Volksliste in Poland 1939-1945, in: *Journal of Central European Affairs* 15 (1955), S. 354-366, besonders S. 360 ff. Zu den Definitionsproblemen, die die Volksdeutschen-Kategorien selbst in den Berliner Reichsbehörden bereiteten, vgl. STEPHAN LEHNSTAEDT: Der „Totale Krieg“ im Reichsministerium des Innern unter Heinrich Himmler, in: *Die Verwaltung* 39 (2006), S. 393-420, hier S. 408 ff.

diejenigen geführt, deren NSDAP-Mitgliedschaft erwünscht war, weil sie schon vor 1939 für das „deutsche Volkstum“ „gekämpft“ hatten. Zur zweiten Gruppe zählten Menschen, die deutsche Wurzeln hatten, ohne diese vor 1939 betont zu haben. Die Zugehörigkeit zu einer dieser beiden Gruppen reichte zur Erteilung der deutschen Staatsbürgerschaft aus. In der nächsten Kategorie fanden sich diejenigen wieder, die familiäre Verbindungen mit Polen hatten, bei denen aber die Chance gesehen wurde, dass sie zum „Deutschtum“ „zurückfinden“ würden. Dazu kamen nichtdeutsche Ehepartner und Personen, die eine slawische Muttersprache hatten, denen aber zugebilligt wurde, dass sie zumindest deutsche Vorfahren hatten; die deutsche Staatsangehörigkeit konnten Angehörige dieser Gruppe nur nach einer gesonderten Überprüfung und auf Widerruf erhalten. Alle übrigen Bewerber gehörten der vierten Kategorie an und mussten sich dem regulären Einbürgerungsverfahren unterziehen.<sup>15</sup>

Die Nationalsozialisten sammelten 1939 die Volksdeutschen in der so genannten „Volksdeutschen Gemeinschaft“. Aus dieser Gruppierung machte die NSDAP zwei Jahre später die so genannte „Deutsche Gemeinschaft“, in der alle Deutschen organisiert wurden, die nicht Parteimitglieder waren und sich länger als drei Monate im Generalgouvernement aufhielten.<sup>16</sup> Damit war eine Organisation geschaffen, in der alle Angehörigen der Besatzungsmacht vereinigt waren und in der Volksdeutsche formal auf gleicher Ebene neben den Reichsdeutschen standen.

In Tschenstochau hatte die Militärverwaltung in Gestalt des Chefs der Zivilverwaltung (CdZ) bereits am 10. September 1939 ein erstes Schreiben zur Lage der Volksdeutschen herausgegeben.<sup>17</sup> Darin definierte sie – lange vor Einführung der späteren Kategorien – als Erkennungsmerkmal für Volksdeutsche zunächst das „Bekenntnis der infrage stehenden zum Deutschen Volkstum“, dann die Sprache und zuletzt das Zeugnis anderer Volksdeutscher. Von den so ermittelten Personen war ein Register anzulegen, das über Name, Be-

<sup>15</sup> Vgl. GRZEGORZ JANUSZ: Die rechtlichen Regelungen Polens zum Status der deutschen Bevölkerung in den Jahren 1938 bis 1950, in: Deutschsprachige Minderheiten 1945. Ein europäischer Vergleich, hrsg. von MANFRED KITTEL u.a., München 2007, S. 131-251, hier S. 136, sowie allgemein HANS JOACHIM SEELER: Die Staatsangehörigkeit der Volksdeutschen, Frankfurt/M. 1960.

<sup>16</sup> Krakauer Zeitung, Nr. 58 vom 13.3.1941: „Volksdeutsche Gemeinschaft geht in NSDAP auf“. Vgl. ferner ARMIN NOLZEN: Die Arbeitsbereiche der NSDAP im Generalgouvernement, in den Niederlanden und in der besetzten Sowjetunion, in: Die deutsche Herrschaft in den „germanischen“ Ländern 1940-1945, hrsg. von ROBERT BOHN, Stuttgart 1997 (Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft, Beiheft 26), S. 247-275.

<sup>17</sup> Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München (künftig: IfZA), Fb 129/1. CdZ Tschenstochau an Landräte und Oberbürgermeister von Tschenstochau, 10.9.1939. Der Bestand umfasst eine Sammlung von Originalakten der Stadthauptmannschaft Tschenstochau, die das Institut aus dem Nachlass eines ehemaligen Beschäftigten dieser Behörde erwerben konnte.

ruf, Wohnung, Familienstand und Kinder sowie die „Eignung zur Mitarbeit“ bei der Besetzung Auskunft geben sollte. Dann erhielten sie eine Kennkarte, die sie als Volksdeutsche auswies. Die Erfassung ging nur schleppend voran. Obwohl die nationalsozialistische Presse einige Dörfer in der Umgebung von Tschenstochau benannte, in denen ausschließlich deutsche Weber wohnten<sup>18</sup>, waren am 20. April 1940 erst 172 Kennkarten ausgegeben worden<sup>19</sup>.

Das zögerliche Vorgehen der Stadthauptmannschaft, die als deutsche Besatzungsverwaltung den Militärbehörden nachfolgte, begründete Stadthauptmann Richard Wendler<sup>20</sup> damit, dass Tschenstochau eine „Hochburg des polnischen Nationalismus“ sei und sich dort vor dem Krieg überhaupt nur 60 Personen als Volksdeutsche bekannt hätten.<sup>21</sup> Nun jedoch gäbe es 3 000 Personen, die bei der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) registriert seien und Sozialleistungen erhalten wollten. Für Wendler stand „außer jedem Zweifel, dass Angehörige des polnischen Volkes damit lediglich Vorteile in Bezug auf Fürsorge erwerben wollen“. Zu dieser kritischen Einschätzung vieler Volksdeutscher als Opportunisten trug sicherlich bei, dass die Hälfte der bisher mit einer Kennkarte ausgestatteten Personen unterstützungsbedürftig war. Wendler rechnete in seinem Schreiben der Distriktverwaltung in Radom vor, dass bei 100 Familien mit durchschnittlich vier Personen die monatlichen Sozialleistungen 14 000 Złoty betragen würden – eine Summe, die die Stadtkasse von Tschenstochau überfordere.

Wendlers Skepsis gegenüber den neuen „Volksgenossen“ hatte kaum Folgen, denn die Steigerung der Anzahl der Volksdeutschen war ein von Berlin vorgegebenes politisches Ziel. Dementsprechend schien es opportun, die Übergabe der Kennkarten in feierlichem Rahmen zu vollziehen, um möglichst viele Interessenten davon zu überzeugen, sich ebenfalls als Volksdeutsche zu bezeichnen. In Tschenstochau fand deshalb Mitte Juni 1940 im Ehrensaal der Stadthauptmannschaft eine Übergabezeremonie statt, bei der 76 Volksdeutsche von Wendler als neue Mitglieder der „Gemeinschaft“ begrüßt wurden. In seiner Ansprache betonte der Stadthauptmann, dass die Kennkarte eine Auszeichnung sei und künftig zum vollen Einsatz für die nationalsozialistischen Besatzungsziele verpflichtete.<sup>22</sup>

Die Bemühungen um mehr Volksdeutsche in Tschenstochau führten in den nächsten Monaten zu messbaren Erfolgen. Bereits Anfang Juli 1940 konnte Wendler die Ausgabe von 846 Kennkarten vermelden, weitere 229 Anträge

<sup>18</sup> Warschauer Zeitung, Nr. 20 vom 25.1.1940: „Deutsche Weber zu Tschechen gestempelt“.

<sup>19</sup> IfZA, Fb 129/4. Stadthauptmann Tschenstochau an Distrikt Radom, 20.4.1940.

<sup>20</sup> Vgl. SEIDEL (wie Anm. 9), S. 49.

<sup>21</sup> Siehe hierzu und zum Folgenden IfZA, Fb 129/4. Stadthauptmann Tschenstochau an Distrikt Radom, 20.4.1940.

<sup>22</sup> Warschauer Zeitung, Nr. 140 vom 15.6.1940: „Ehrentag für sechsundsiebzig Volksdeutsche“.

harrten der Bearbeitung.<sup>23</sup> Kinder unter 16 Jahren sowie nicht rein deutsche Ehepartner wurden auf den Karten des Hausvorstandes eingetragen. Es gab in der Stadt nun 1 658 Volksdeutsche – 519 Männer, 665 Frauen sowie 474 Kinder. Der Anteil der Volksdeutschen an der Tschenstochauer Bevölkerung betrug rund 1,5 Prozent, von den Karteninhabern klassifizierte Wendler 30 Prozent als Angehörige der „besitzenden Klasse“ und als Angestellte in gehobener Stellung, 30 Prozent als einfache Angestellte und die restlichen 40 Prozent als qualifizierte und ungelernete Arbeiter. Dass der Anteil der einkommensschwachen Schichten und damit derjenigen, die auf soziale Leistungen angewiesen waren, so hoch war, sei auf die radikalen Einflüsse der katholischen Kirche zurückzuführen, die gerade in der Wallfahrtsstadt Tschenstochau besonders stark ihre nationalpolnische Geltung entfaltet habe: „Gegen alle diese für das Deutschtum zersetzenden Einflüsse konnte sich die breite Schicht der sozial niedrigstehenden Klasse nicht gebührend erwehren, da eine Organisation der Abwehrkräfte fehlte.“<sup>24</sup>

Wendler ging in seinem Bericht auch auf die Herkunft der Volksdeutschen in Tschenstochau ein. Nur wenige von ihnen stammten aus Pommern und Brandenburg, rund ein Viertel aus dem als Warthegau dem Reich zugehörenden Gebiet, die überwiegende Mehrzahl aus Westpolen, Posen und Oberschlesien. Gerade die Angehörigen der letzten Gruppe galten dem Stadthauptmann aber als „am wenigsten wertvoll“, da sie außer der deutschen Sprache kaum andere Identifikationsmerkmale aufwiesen, die die Feststellung ihrer Volkszugehörigkeit hätten erleichtern können. Wiederum scheint bei Wendler daher der Verdacht des Opportunismus der neuen „Volksgenossen“ durch, denn durch die eben charakterisierte Gruppe habe „der Name ‚Volksdeutscher‘ im hiesigen Bereich von seinem guten Klang soviel eingebüßt, dass sich der rechtschaffene Deutsche dagegen verwahrt, volksdeutsch genannt zu werden“.<sup>25</sup>

Probleme bereitete dem Stadthauptmann ferner die Tatsache, dass von den 556 volksdeutschen Haushalten in Tschenstochau nur 216 aus „reinen, unvermischten“ Ehen bestanden, während sich 340 Haushalte mit 1 100 Personen aus deutsch-polnischen Ehen und daraus hervor gegangenen Kindern zusammensetzten. Doch trotz Wendlers mehr als deutlich formulierter Skepsis bei der Ausstellung der Kennkarten, die auch die Schwierigkeiten der Definition der Volksdeutschen vor Augen führt, lehnte die Stadthauptmannschaft von insgesamt 1 075 Anträgen nur 129 ab, das entspricht rund 12 Prozent. Dazu

<sup>23</sup> IfZA, Fb 129/2. Bericht der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge Tschenstochau, 2.7.1940.

<sup>24</sup> Ebenda. Vgl. zur besonderen Beobachtung, unter der das Kloster auf dem Hellen Berg als (vermeintlicher) Hort des nationalkatholischen Widerstandes stand: Bericht des KdS Radom, 17.11.1942, abgedruckt in: ZBUDNIEWEK (wie Anm. 10), Dokument 11, S. 275 ff.

<sup>25</sup> Ebenda.

kamen noch 16 Kennkarten, die wegen Sterbefällen oder „undeutscher Haltung“ wieder eingezogen wurden.<sup>26</sup>

## II.

Die Besatzer zeigten sich unzufrieden mit den baulichen und organisatorischen Gegebenheiten, die sie 1939 in Tschenstochau vorfanden. In einem Abriss der Stadtgeschichte bemängelte der Stadthauptmann Wendler das angeblich zu starke Wachstum Tschenstochaus bis zum Ersten Weltkrieg. Dadurch seien Straßen und Flüsse vollkommen unzureichend ausgebaut bzw. reguliert und das Gaswerk, das Elektrizitätswerk, der Schlachthof, Markthallen und die Kanalisation viel zu klein. Darüber hinaus fehlten Schulen, Parkanlagen, öffentliche Plätze und ein geeignetes Stadttheater.<sup>27</sup> Wendlers Klage über die schlechten Bedingungen, unter denen er die Stadt regieren sollte, beinhaltete gewissermaßen eine Beschreibung seiner künftigen Aufgaben. Seine Sorge galt jedoch nicht der Infrastruktur für die ganze Stadt<sup>28</sup>, sondern hauptsächlich den partikularen Interessen der Volksdeutschen.

Schon die Vergabe der Kennkarten hatte gezeigt, dass es sich bei vielen Volksdeutschen kaum um „reine“ – so die Worte des Stadthauptmanns – Deutsche handelte, sondern häufig eher um Polen mit deutschen Wurzeln, zumindest aber um Menschen, die in Polen eine Heimat gefunden hatten. Ein Hauptanliegen des Stadthauptmanns war daher die Germanisierungspolitik. Einfach zu realisieren und dennoch symbolisch wichtig war die Umbenennung von Straßen, die in Tschenstochau wie in allen besetzten Städten Osteuropas nun deutsche Namen erhielten; exklusive Parkanlagen und ein deutsches Wohnviertel trugen ebenfalls zur Identitätsstiftung und Abgrenzung der Deutschen von Polen und Juden bei.<sup>29</sup> Diese Symbolpolitik war auch im Stadtbild zu erkennen: In den Hauptstraßen Tschenstochaus ließ der Stadthauptmann im Abstand von 50 Metern nicht weniger als 250 Fahnenmasten mit einer Höhe von 9,50 Metern aufstellen, an denen bei den zahlreichen Feier- und Gedenktagen Hakenkreuzfahnen gehisst wurden.<sup>30</sup>

Um die Exklusion der Besetzten von den privilegierten Besatzern darüber hinaus institutionell deutlich zu machen, wurden zahlreiche Leistungen der öffentlichen Hand für Deutsche und für Polen bzw. Juden getrennt angeboten. Dies war mit erheblichen Kosten verbunden. Wesentliche Teile der Infrastruktur mussten neu geschaffen werden, da es sonst nicht immer möglich ge-

<sup>26</sup> IfZA, Fb 129/3. Bericht über die Kreisgeschichte und Bevölkerungsverhältnisse in Tschenstochau, 4.3.1941.

<sup>27</sup> IfZA, Fb 129/2. Historischer Abriss der Stadt Tschenstochau, o.D. [1939 oder 1940].

<sup>28</sup> Eine gewisse Ausnahme bildeten Straßenbaumaßnahmen, die im Frühjahr 1940 im Rahmen der „Woche der Straße“ angesetzt und vor allem durch jüdische Zwangsarbeiter ausgeführt wurden: Warschauer Zeitung, Nr. 117 vom 19./20.5.1940: „Hier ist Milch billiger als Wasser“.

<sup>29</sup> Vgl. PIERTZYKOWSKI: Hitlerowcy w Częstochowie (wie Anm. 10), S. 41 f.

<sup>30</sup> IfZA, Fb 129/5. Stadthauptmann Tschenstochau an Distrikt Radom, 28.2.1941.

wesen wäre, die nichtdeutsche Bevölkerung vollständig am Kontakt mit den Deutschen zu hindern. Ein prägnantes Beispiel war die Errichtung eines Schwimmbads nur für Volks- und Reichsdeutsche direkt neben der Stadthauptmannschaft in der Breslauer-, Ecke Deutschordensstraße – des ersten Schwimmbads in Tschenstochau überhaupt. Dabei griffen die Besatzer in großem Maße auf jüdische Arbeitskräfte zurück, die allein in der zweiten Jahreshälfte 1940 insgesamt 8 997 Arbeitstage für den Neubau leisten mussten.<sup>31</sup> Das fertige Schwimmbad erfuhr trotz stattlicher Ausmaße, einer großen Umkleidekabine für über 300 Personen und 30 Einzelkabinen<sup>32</sup> nur mäßige Akzeptanz und verzeichnete im Haushaltsjahr 1942/43 lediglich rund 5 300 Besuche von volks- und reichsdeutschen Zivilisten.<sup>33</sup>

Wie oben beschrieben, waren längst nicht alle Volksdeutschen auch als Deutsche zu identifizieren. Ihre „Germanisierung“ ließ sich aber gerade bei den Kindern leicht über die Schule vorantreiben, und es war ein vorrangiges Ziel der Regierung des Generalgouvernements, in allen größeren Städten eine deutsche Schule zu errichten.<sup>34</sup> In Tschenstochau konnte deren Eröffnung durch Generalgouverneur Hans Frank bereits am 24. Februar 1940 gefeiert werden.<sup>35</sup> Schon im Eröffnungsjahr wurden 222 Kinder im Alter von sieben bis 16 Jahren unterrichtet, 1943 erhielten in der Schule 240 Kinder ein Frühstück und 80 von ihnen zudem ein Mittagessen.<sup>36</sup> Stadthauptmann Wendler betonte in seiner Ansprache zur Eröffnung der Schule ausdrücklich, dass dort eine „Arbeit [...] an der deutschen Jugend“ und „für das Deutschtum und die Zukunft des Deutschtums“ geleistet würde.<sup>37</sup>

Auch derartige Arbeit war nur auf dem Rücken der jüdischen Bevölkerung möglich: Für den weiteren Aus- und Umbau deutscher Schulen leistete das Arbeitsbataillon des Judenrats im zweiten Halbjahr 1940 fast 1 900 Arbeitstage.<sup>38</sup> Nur so konnte im Herbst 1942 eine deutsche Berufsschule eröffnet werden<sup>39</sup>, und nur so konnte der Distrikt Radom daran denken, in der Stadt

<sup>31</sup> Vgl. MEYNARCYK (wie Anm. 9), S. 155. In den 8 997 Arbeitstagen ist auch der Umbau der Sportstätten für Deutsche enthalten. Zum Bau des Schwimmbads siehe auch: Warschauer Zeitung, Nr. 140 vom 15.6.1940: „Schon 7500 cbm Boden bewegt“.

<sup>32</sup> Warschauer Zeitung, Nr. 113 vom 15.5.1940: „Tschenstochau erhält ein Schwimmbad“.

<sup>33</sup> Archiwum Państwowe w Częstochowie (künftig: APCz), 4/36. Polnischer Bürgermeister an Stadthauptmann Tschenstochau, 22.7.1943. In den Zahlen sind Besuche von Wehrmachts- und Polizeiangehörigen nicht enthalten, diese zahlten im Verband keinen Eintritt, sonst 0,20 Złoty.

<sup>34</sup> Vgl. im Gegensatz dazu die Politik gegen höhere polnische Schulen, ZBIGNIEW GRZĄDZIŃSKI, JAN PIETRZYKOWSKI: Polentumsträger. Dzieje nauczycieli na ziemi częstochowskiej 1939-1945 [Polentumsträger. Das Schicksal der Lehrer im Tschenstochauer Gebiet 1939-1945], Katowice 1988, S. 85-92 und 99-113.

<sup>35</sup> IfZA, Fb 105/2, S. 359-361. Dienstagebuch Hans Franks, 24.2.1940.

<sup>36</sup> APCz, 4/35. Deutsche Schule an Stadthauptmannschaft Tschenstochau, 19.7.1943.

<sup>37</sup> IfZA, Fb 105/2, S. 359 f. Dienstagebuch Hans Franks, 24.2.1940.

<sup>38</sup> Vgl. MEYNARCYK (wie Anm. 9), S. 155.

<sup>39</sup> APCz, 4/35. Aktenvermerk der Stadthauptmannschaft Tschenstochau, 1.6.1942.

zusätzlich noch eine deutsche Bauhandwerkerschule zu bauen, die eine „wesentliche Stärkung des Deutschtums an der Reichsgrenze“ herbeiführen sollte<sup>40</sup>. Jüdische Arbeitskräfte waren auch 1941 noch zur Pflege der Gartenanlagen der Bildungseinrichtungen eingesetzt.<sup>41</sup> Darüber hinaus errichteten die Besatzer in der Stadt eine Deutsche Lehranstalt für Frauenberufe, der ein Internat angeschlossen war. Diese Einrichtung war die einzige ihrer Art im Generalgouvernement und wurde von volksdeutschen Mädchen aus ganz Polen besucht.<sup>42</sup>

Neben Schulen für ältere Kinder gab es Angebote für die Kleinsten: Stadthauptmann Wendler ließ in der Deutschen Schule einen Kindergarten einrichten<sup>43</sup> und sorgte für einen Garten, eine Liegehalle und einen Spielplatz; im Inneren war der Kindergarten mit Bildern aus deutschen Märchen dekoriert. Zwei Kindergärtnerinnen betreuten in dieser Umgebung 40 Kinder.<sup>44</sup> In Tschenstochau entstand damit eine Mustereinrichtung, die Vorbildfunktion im ganzen Distrikt Radom hatte. Angesichts der stetig steigenden Nachfrage plante die Stadthauptmannschaft schon im Sommer 1942 eine zweite Betreuungsstätte.<sup>45</sup>

Mindestens so bedeutend wie die „Germanisierung“ der volksdeutschen Jugend war es, ein Kulturangebot zu etablieren, das alle deutschen Bewohner der Stadt ansprach. Der Stadthauptmann wandelte daher ein kurz vor dem Krieg gebautes Handwerkerheim in ein so genanntes Deutsches Haus für die volks- und reichsdeutschen Bewohner der Stadt um. Der große Saal des Gebäudes war Hauptversammlungsort für alle Vorträge bzw. Propagandaveranstaltungen der Besatzer. Daneben gab es noch mehrere kleinere Räume, die beispielsweise für Schulungen genutzt wurden. Auch die Geschäftsstelle der Volksdeutschen Gemeinschaft fand hier ihre Unterkunft. Ein im Erdgeschoss des Hauses befindliches Restaurant stand als eine Art gehobene Kantine allen Deutschen offen und bot Gelegenheit zum Verweilen außerhalb der Essenszeiten; im Sommer war zudem die Möglichkeit zum Speisen im Garten vorhanden.<sup>46</sup> Wie in anderen Städten des Generalgouvernements auch wurde das Deutsche Haus schnell ein Zentrum der Geselligkeit, in dem Volks- und Reichsdeutsche einen Teil ihrer Freizeit verbrachten. Im Jahre 1941 ermög-

<sup>40</sup> APCz, 4/35. Distrikt Radom an Stadthauptmann Tschenstochau, 10.8.1942.

<sup>41</sup> Archiwum Żydowskiego Instytutu Historycznego [Archiv des Jüdischen Historischen Instituts, AŻIH], Warszawa, 301/26. Aussage von Stanisław Kon, 17.1.1945. Für den Hinweis auf diese Quelle danke ich Imke Hansen, Hamburg.

<sup>42</sup> IfZA, Fb 129/7. Programm einer Rundfunkreportage über Tschenstochau, o.D. [Mitte 1941].

<sup>43</sup> IfZA, Fb 129/2. Bericht der Stadthauptmannschaft über Bevölkerungswesen und Fürsorge, o.D. [Dezember 1940].

<sup>44</sup> IfZA, Fb 129/7. Programm einer Rundfunkreportage über Tschenstochau, o.D. [Mitte 1941].

<sup>45</sup> APCz, 4/35. Distrikt Radom an Stadthauptmann Tschenstochau, 10.8.1942.

<sup>46</sup> IfZA, Fb 129/2. Bericht der Stadthauptmannschaft über Bevölkerungswesen und Fürsorge, o.D. [Dezember 1940].

lichte es eine Spende des Grenzbüchereidienstes zudem, eine „Kleinbücherei“ mit 40 Bänden in dem Haus unterzubringen, so dass den Volksdeutschen unentgeltlich „neuere nationale Werke“ und Kriegsbücher zur Verfügung gestellt werden konnten<sup>47</sup>. Die städtischen Bibliotheken für die polnische Bevölkerung hingegen waren schon Anfang 1940 geschlossen worden.<sup>48</sup>

Das Spektrum der kulturellen Aktivitäten, das die Volks- und Reichsdeutschen in Tschenstochau in Anspruch nehmen konnten, reichte vom Kino bis hin zu gelegentlichen Opernveranstaltungen. Dabei erwies es sich gerade in der Anfangszeit der deutschen Besatzung als Schwierigkeit, dass viele Volksdeutsche nicht über genügend Geld verfügten, um regelmäßig deutsche Filme anzusehen.<sup>49</sup> Um „den ärmsten der Volksdeutschen“ dennoch den Kinobesuch zu ermöglichen, hatten die Kinos für die nicht so beliebten Vorstellungen am Nachmittag jeweils zehn Freikarten zur Verfügung zu stellen, die der Leiter der Volksdeutschen Gemeinschaft verteilte. Im Rahmen dieser Spendenaktion war auch vorgesehen, dass täglich zehn Exemplare der *Krakauer Zeitung*, dem offiziellen deutschen Besatzungsorgan des Generalgouvernements, ausgegeben wurden.<sup>50</sup> Da mit den Freikarten das grundsätzliche Problem des Kinozugangs aber nicht gelöst war und zudem in Tschenstochau nur ein kleines Kino für die Deutschen vorhanden war, erwarb die Stadthauptmannschaft Ende 1941 im Rohbau der Handelskammer einen Saal, in den ein neues Kino eingebaut wurde.<sup>51</sup>

Da die Volksdeutschen – in den Worten der *Warschauer Zeitung* – „bisher besonders stark den Mangel kultureller und künstlerischer Veranstaltungen empfunden“ hätten, übernahm die Verwaltung zusätzlich das polnische Theater.<sup>52</sup> Als Grund für die Übernahme mindestens genauso entscheidend war die Tatsache, dass die Besatzer gegenüber den einheimischen Polen kulturelle Überlegenheit demonstrieren wollten. Während infolge dieser Maßnahme kein polnisches Theater mehr in Tschenstochau vorhanden war – die Aufführung polnischer Werke war ohnehin verboten worden –, gastierten im nun „Deutsches Theater“ genannten Bau verschiedene Ensembles aus dem Reich, die Gastspiele im Generalgouvernement gaben.<sup>53</sup>

<sup>47</sup> IfZA, Fb 129/7. Grenzbüchereidienst an Stadthauptmann Tschenstochau, 18.9.1941.

<sup>48</sup> IfZA, Fb 129/2. Bekanntmachung des Stadthauptmanns Tschenstochau, 15.4.1940.

<sup>49</sup> IfZA, Fb 129/3. Volksdeutsche Gemeinschaft an Standortführung NSDAP in Tschenstochau, 4.1.1941.

<sup>50</sup> IfZA, Fb 129/6. Distrikt Radom an Stadthauptleute, 20.2.1941; Erledigungsvermerk der Stadthauptmannschaft Tschenstochau vom 3.3.1941. Zur *Krakauer Zeitung* vgl. LARS JOCKHECK: Propaganda im Generalgouvernement. Die NS-Besatzungspresse für Deutsche und Polen 1939-1945, Osnabrück 2006 (Einzelveröffentlichungen des DHI Warschau, 15), S. 99-114.

<sup>51</sup> IfZA, Fb 129/6. Besprechungsnotiz der Stadthauptmannschaft, 3.11.1941.

<sup>52</sup> *Warschauer Zeitung*, Nr. 104 vom 5./6.5.1940: „Tschenstochaus Stadttheater wird ausgebaut“.

<sup>53</sup> Vgl. PIETRZYKOWSKI: *Hitlerowcy w Częstochowie* (wie Anm. 10), S. 49.

Zur Eröffnung des Hauses am 7. Mai 1940 kamen Werke von Wagner, Verdi und Strauß zur Aufführung, und die subventionierten Eintrittspreise sorgten dafür, dass selbst ärmere Volksdeutsche die Möglichkeit hatten, an der so stark propagierten „deutschen Kultur“ teilzuhaben.<sup>54</sup> Mit zunehmender Kriegsdauer verwandelte sich das Theater freilich in eine reine Unterhaltungsstätte für uniformierte Einheiten. Veranstaltungen der Organisation „Kraft durch Freude“, die beispielsweise Singspiele mit dem Titel „Gen Ostland wollen wir reiten“ betreute, wurden immer seltener.<sup>55</sup> Eine Aufstellung des Stadthauptmanns von Mitte 1943 zeigt, dass die Ortskommandantur der Wehrmacht das Haus durchschnittlich sieben bis acht Tage pro Monat gebucht hatte.<sup>56</sup> Zu deren geschlossenen Veranstaltungen kamen noch die von Polizei und Luftkriegsschule, so dass im April 1944 ganze drei Abende mit offenem Zugang 15 geschlossenen Veranstaltungen gegenüberstanden – ein Trend, der sich in den folgenden Monaten fortsetzte.<sup>57</sup>

Nachdem die Volksdeutschen in Polen bis 1939 nur indirekt der nationalsozialistischen Indoktrination ausgesetzt gewesen waren, legte die Stadthauptmannschaft in Übereinstimmung mit den Richtlinien der Regierung des Generalgouvernements viel Wert auf Propagandaveranstaltungen, denn schließlich sollten aus „Volksdeutschen“ möglichst bald „Volksgenossen“ werden, auch und gerade weil sie als besonders gefährdet durch polnische Einflüsse galten.<sup>58</sup> Grundlegende Kenntnisse über den Nationalsozialismus und den Führerstaat vermittelten Kundgebungen, auf denen im Kino „Luna“ etwa über die Themen „Der Führer und die Volksgemeinschaft“<sup>59</sup> oder „Adolf Hitler, unser Befreier“ gesprochen wurde. Gerade letztere Versammlung im Stadttheater war speziell für die Volksdeutschen als „Möglichkeit gedacht, durch ihr vollzähliges Erscheinen ihre Treue [zum neuen System, S.L.] zu bekunden“.<sup>60</sup>

Die NSDAP-Ortsgruppe in Tschenstochau beging natürlich auch die offiziellen Feiertage des Regimes, etwa am 9. November für die „Gefallenen der Bewegung“, am 30. Januar zum Jahrestag der Machtergreifung, oder am 20. April zu Hitlers Geburtstag.<sup>61</sup> Daneben gab es Wunschkonzerte, bei denen für

<sup>54</sup> Warschauer Zeitung, Nr. 104 vom 5./6.5.1940: „Tschenstochaus Stadttheater wird ausgebaut“.

<sup>55</sup> IfZA, Fb 129/2. Einladung der Abteilung Propaganda des Stadthauptmanns Tschenstochau für den 20.4.1940.

<sup>56</sup> APCz, 4/29. Stadthauptmann Tschenstochau an Ortskommandantur, 7.7.1943.

<sup>57</sup> APCz, 4/29. Verzeichnis der Veranstaltungen im Stadttheater Tschenstochau im April 1944, 9.5.1944. Ebenda, Verzeichnis der Veranstaltungen im Stadttheater im Mai bzw. Juni 1944, o.D.

<sup>58</sup> Bundesarchiv Berlin, R 102 I/32. Schreiben der Regierung GG an die Distrikte vom 4.12.1941.

<sup>59</sup> IfZA, Fb 129/2. Aufruf der NS-Volkswohlfahrt Tschenstochau für den 25.1.1940.

<sup>60</sup> IfZA, Fb 129/2. Einladung der NSDAP-Ortsgruppe Tschenstochau zum 10.7.1940.

<sup>61</sup> IfZA, Fb 129/4. Bericht über Bevölkerungswesen und Fürsorge in Tschenstochau, 10.5.1940.

das Winterhilfswerk Spenden eingefordert wurden – dies geschah auch in Gestalt von Straßensammlungen –, aber auch eine Weihnachtsfeier für die Reichs- und Volksdeutschen, bei denen die Partei die Anwesenden vorwiegend mit Kleidungsstücken bescherte, von denen manche sogar neu angefertigt waren; darüber hinaus gab es auch Spielsachen, Lebensmittel und Tabakwaren.<sup>62</sup>

### III.

Die Zugehörigkeit zur Deutschen Volksliste war nicht nur mit der Bewilligung einer Kennkarte verbunden, die Steuererleichterungen<sup>63</sup>, einen sicheren Arbeitsplatz<sup>64</sup> und Vorzugsbehandlung im Umgang mit Behörden versprach, sondern auch mit zusätzlichen Lebensmittelzuteilungen, die weit über den der polnischen Bevölkerung zugebilligten Standard hinausgingen. Nicht wenige Menschen beantragten deshalb aus Opportunismus oder rein materiellen Erwägungen – mitunter wohl auch aus finanzieller Not – diesen Status. Sie gehörten meist den Kategorien 3 oder gar 4 an und waren gemäß nationalsozialistischer Definition nach Sprache und Namen kaum als Deutsche zu identifizieren. Die Nachfrage nach einem Beitritt zur „Volksdeutschen Gemeinschaft“ deckte sich mit dem Interesse der Nationalsozialisten, möglichst viele Menschen aufzunehmen.

Schon unmittelbar nach dem Einmarsch der Wehrmacht machten die ersten Verordnungen der Militärverwaltung deutlich, dass es den Volksdeutschen wesentlich besser gehen sollte als Polen und Juden. Falls sie Schäden durch die Kampfhandlungen erlitten hatten, war ihnen durch das Militär eine Unterkunft zuzuweisen, die nötigenfalls auch requiriert werden konnte.<sup>65</sup> Zum Arbeitsdienst, der im Wesentlichen aus Aufräum-, Bau- und Erntearbeiten bestand, konnten sie mit maximal vier Stunden pro Tag herangezogen werden; im Gegensatz dazu sollten bzw. mussten polnische Einwohner acht Stunden täglich arbeiten.<sup>66</sup>

Noch 1939 erweiterte die Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge in der Behörde des Stadthauptmanns den Adressatenkreis aller möglichen Sozialleistungen auf die Gruppe der Volksdeutschen. In Tschenstochau bedeutete das für 1,5 Prozent der Bevölkerung eine deutlich privilegierte Stellung gegenüber Polen und Juden, die sich nicht nur auf die oben erwähnten Hilfsleistungen der NS-Volkswohlfahrt beschränkte. Allein die Zahlungen

---

<sup>62</sup> Ebenda.

<sup>63</sup> APCz, 4/29. Regierung des Generalgouvernements an Stadt- und Kreishauptleute, 2.5.1942.

<sup>64</sup> IfZA, Fb 129/2. Bericht der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge Tschenstochau, 2.7.1940.

<sup>65</sup> IfZA, Fb 129/1. CdZ Tschenstochau an Landräte und Oberbürgermeister von Tschenstochau, 10.9.1939.

<sup>66</sup> IfZA, Fb 129/1. CzZ Tschenstochau an Landräte und Oberbürgermeister von Tschenstochau, 17.9.1939.

nach der Fürsorgeverordnung betrogen im ersten Halbjahr 1940 über 31 000 Złoty, nach dem offiziellen Wechselkurs von 2 Złoty zu einer Reichsmark also 15 500 Reichsmark. 75 Volksdeutsche erhielten im gleichen Zeitraum zudem unentgeltlich Lebensmittelgutscheine. Darüber hinaus führte die NS-Volkswohlfahrt eine Altkleidersammlung durch und etablierte eine Nähstube, die bei Polen und Juden beschlagnahmte Textilien ausbesserte und dann kostenlos abgab. Dies erschien vor allem deshalb notwendig, weil der Anblick der bedürftigen Volksdeutschen keinesfalls dem staatlicherseits gewünschten Bild des überlegenen Germanen entsprach, sondern laut Stadthauptmann Wendler „direkt himmelschreiend“ sei.<sup>67</sup> Dass tatsächlich eine Bedürftigkeit vieler Volksdeutscher gegeben war, zeigt die Tatsache, dass allein eine Nachbestellung von Kleidung durch den Stadthauptmann nur für Frauen und Kinder schon 500 Personen betraf.<sup>68</sup>

Die soziale Situation der Kennkarteninhaber verbesserte sich trotz der Hilfsmaßnahmen nicht entscheidend: Im vierten Quartal 1940 mussten 427 Lebensmittelgutscheine ausgegeben werden<sup>69</sup>, dazu kam die Abgabe von 120 Kilo Kohle an jede volksdeutsche Familie zuzüglich weiterer fünf Kilo pro Kopf im Dezember 1940, die im Winter jedoch bald verbraucht waren.<sup>70</sup> Als Erfolg galt die Öffnung einer Fleischerei und zweier Lebensmitteläden nur für Deutsche. Zwar verbesserte das die Versorgungslage nicht grundsätzlich, schränkte aber doch die unerwünschten Kontakte zwischen Deutschen und Polen weiter ein.<sup>71</sup>

Ein weiteres Angebot für die Volksdeutschen stellte die Kinderlandverschickung in den zwischen Krakau und Zakopane gelegenen Kurort Rabka dar, an der vom 2. bis 25. August 1940 20 Kinder teilnahmen. Ebenfalls in Rabka fand vom 14. August bis 8. September 1940 ein Erholungsurlaub für volksdeutsche Mütter statt. Darüber hinaus wollte Stadthauptmann Wendler im nahe gelegenen Kreis Radomsko ein eigenes Mütter- und Kindererholungsheim eröffnen und hatte dafür auch schon geeignete Gebäude im Auge, deren polnische Eigentümer enteignet wurden.<sup>72</sup>

Für die Volksdeutschen waren auch medizinische Behandlung sowie die Versorgung mit Medikamenten kostenlos. Seit dem 3. Oktober 1940 beschäf-

<sup>67</sup> IfZA, Fb 129/2. Bericht der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge Tschenschostchau, 2.7.1940.

<sup>68</sup> IfZA, Fb 129/2. Bericht über das Bevölkerungswesen und die Fürsorge im Stadtkreis Tschenschostchau, o.D. [Dezember 1940].

<sup>69</sup> IfZA, Fb 129/2. Bericht über das Bevölkerungswesen und die Fürsorge der Reichs- und Volksdeutschen im Stadtkreis Tschenschostchau, für die Monate Oktober, November und Dezember 1940, o.D. [Anfang 1941].

<sup>70</sup> IfZA, Fb 129/3. Volksdeutsche Gemeinschaft an Standortführer NSDAP Tschenschostchau, 4.1.1941.

<sup>71</sup> IfZA, Fb 129/2. Bericht über das Bevölkerungswesen und die Fürsorge im Stadtkreis Tschenschostchau, o.D. [Dezember 1940].

<sup>72</sup> Ebenda.

tigte die Stadthauptmannschaft hierfür den Amtsarzt Dr. Winkelmann<sup>73</sup>, später wurde auch eine eigene „Ost-Apotheke“ eingerichtet, die nur für Deutsche zugänglich war<sup>74</sup>. Im Frühjahr 1942 machte sich die Stadtverwaltung unter Wendlers Nachfolger Dr. Eberhard Franke<sup>75</sup> daran, zusätzlich eine deutsche Krankenstation einzurichten. Anfänglich sollte sie in einem Flügel des Wehrmachts-Ortslazarets eingerichtet werden, das im Haus der polnischen Sozialversicherungskasse untergebracht war. Den betreffenden Gebäudeteil wollte Franke für 500 Złoty im Monat vom Militär mieten – und war zugleich der Ansicht, dass die Fläche angesichts der vielen Deutschen in der Stadt nicht ausreichend sei. Schließlich einigte er sich mit der Wehrmacht darauf, die Krankenstation gleich in einem eigenen Stockwerk unterzubringen, denn so war sie auch von den restlichen Lazarettteilen abgetrennt und konnte über einen eigenen Eingang erreicht werden. Franke wünschte sich vom Chefarzt Dr. Trenkmann zusätzlich zwei Dachräume für eine eigene Seuchenabteilung, da „es sachlich und politisch untragbar ist, Deutsche in die überaus primitive Seuchenstation des polnischen Seuchenkrankenhauses zu legen“.<sup>76</sup>

Auch bei der Krankenversorgung zeigte sich also die privilegierte Behandlung der Volksdeutschen, um die sich der Stadthauptmann im Unterschied zur polnischen oder gar jüdischen Bevölkerung kümmerte. Im Sommer 1942 war das Deutsche Krankenhaus – wie die Krankenstation dank des separaten Eingangs inzwischen hieß – mit insgesamt 35 Betten fertig gestellt; es standen deutsche Ärzte und Krankenschwestern bereit, und aus dem Reich war sogar eine Medizinstudentin zur Erfüllung ihrer Pflichtfamulatur geschickt worden. Um die Baukosten zu decken, forderte Franke vom Distrikt Radom einen Zuschuss von 50 000 Złoty, da die Notwendigkeit einer deutschen Krankenversorgung in seinen Augen „höheren Ortes wiederholt besprochen und anerkannt“ worden sei.<sup>77</sup>

Mit diesen vergleichsweise geringen Kosten für die Versorgung der Volksdeutschen war es indes nicht getan. Die Wehrmacht hatte den Pachtvertrag des Deutschen Krankenhauses für den zweiten Stock ihres Lazarets zum Jahresende 1942 gekündigt<sup>78</sup> – was auf nicht geringe Verwunderung bei der Administration gestoßen war, gerade weil der Militärbefehlshaber im Generalgouvernement noch zwei Wochen vorher den Vertragsabschluss genehmigt hatte.<sup>79</sup> Doch die Entscheidung war gefallen, obwohl Franke in seiner Beschwerde Erstattungen in Höhe von fast 18 000 Złoty gefordert hatte. Nun

<sup>73</sup> IfZA, Fb 129/4. Bericht über die Verwaltung der Stadt, o.D. [Februar 1941].

<sup>74</sup> IfZA, Fb 129/5. Distrikt Radom an Stadthauptmann Tschenstochau, 16.8.1943.

<sup>75</sup> Vgl. SEIDEL (wie Anm. 9), S. 49.

<sup>76</sup> APCz, 4/34. Schreiben des Stadthauptmanns an das Ortslazarett Tschenstochau, 24.4.1942.

<sup>77</sup> APCz, 4/34. Stadthauptmann Tschenstochau an Distrikt Radom, 19.8.1942.

<sup>78</sup> APCz, 4/34. Heeresunterkunftsverwaltung an Stadthauptmannschaft Tschenstochau, 30.9.1942.

<sup>79</sup> APCz, 4/34. Stadthauptmann Tschenstochau an Heeresunterkunftsverwaltung, 6.10.1942.

musste Abhilfe geschaffen werden, denn schließlich kam „die Aufgabe des Deutschen Krankenhauses aus Gründen einer angemessenen Versorgung der deutschen Zivilbevölkerung und [aus] allgemein politischen Erwägungen nicht in Frage“.<sup>80</sup> Franke plante eine Lösung im großen Stil und wollte ein bisheriges Pilgerheim des Marienheiligtums auf dem Hellen Berg für seine Zwecke verwenden. Dafür veranschlagte er Kosten von 325 000 Złoty.<sup>81</sup>

Diese Summe war vor allem angesichts der anhaltenden finanziellen Nöte der Stadt bemerkenswert. Davon war in erster Linie der polnische Bürgermeister Stanisław Rybicki betroffen, der zwar immerhin relativ eigenständig arbeiten konnte, weil sich Richard Wendler entsprechend der NS-Besatzungspraxis kaum für die Kommunalverwaltung interessierte und den Kontakt zu polnischen Mitarbeitern mied<sup>82</sup>, dessen Behörde aber zugleich finanziell ausgetrocknet wurde. Die schlechte Finanzlage resultierte vor allem aus der hohen Schuldenlast von 35 Millionen Złoty, die noch aus der Zeit der polnischen Republik stammte und Tschenstochau zur finanziell schwächsten polnischen Großstadt machte.<sup>83</sup> Zudem waren nur wenige Grundstücke oder Gebäude in kommunalem Besitz, was hohe Mietausgaben zur Folge hatte, wengleich durch Druck und teilweise regelrechte Erpressung der polnischen Eigentümer durchaus einige Preisminderungen erwirkt werden konnten.<sup>84</sup> Dennoch schränkte die Lage den Stadthauptmann in seiner Tätigkeit stark ein, was sowohl Wendler als auch Franke in ihren Berichten und Schreiben an die Distriktverwaltung Radom ständig betonten und zugleich mit der Forderung nach finanzieller Unterstützung verbanden.<sup>85</sup>

Die Maßnahmen zur bevorzugten Behandlung der Volksdeutschen trugen nicht zu einem ausgeglichenen Haushalt bei. Umso verärgerter zeigte sich die Stadtverwaltung darüber, dass die Zahlungsmoral bei den Leistungsempfängern sehr schlecht war. Die Volksdeutschen nahmen die Versorgung als Selbstverständlichkeit hin, die ihnen aufgrund ihrer Aufnahme in die Volksliste zustand. Daher reagierten sie mit Unmut darauf, dass im weiteren Verlauf des Krieges für ursprünglich kostenlose Angebote bezahlt werden sollte. Die Finanzverwaltung musste deshalb 1944 feststellen, dass bei „einem außerordentlich großen Teil von Forderungen an Deutsche“ – etwa seitens der kom-

<sup>80</sup> Ebenda. Die Wehrmacht akzeptierte die geforderte Erstattung von 17 617,04 Złoty. (APCz, 4/34. Oberfeldkommandantur an Stadthauptmann Tschenstochau, 27.1.1943).

<sup>81</sup> APCz, 4/34. Aktenvermerk des Stadthauptmanns Tschenstochau, 2.3.1943.

<sup>82</sup> Vgl. MADAJCZYK (wie Anm. 8), S. 194. Zur „Zusammenarbeit“ der Besatzer mit Rybicki vgl. dessen Memoiren. STANISŁAW RYBICKI: Pod znakiem lwa i kruka. Fragmenty wspomnień z lat okupacji [Unter dem Zeichen des Löwen und des Raben. Erinnerungsfragmente aus den Okkupationsjahren], Warszawa 1965, bes. S. 73-90. Siehe allgemein auch die Studie von MARKUS ROTH: Herrenmenschen. Die deutschen Kreishauptleute im besetzten Polen. Karrierewege, Herrschaftspraxis und Nachgeschichte, Göttingen 2009.

<sup>83</sup> Warschauer Zeitung, Nr. 117 vom 19./20.5.1940: „Hier ist Milch billiger als Wasser“.

<sup>84</sup> APCz, 4/35. Distrikt Radom an Regierung des Generalgouvernements, 31.3.1944.

<sup>85</sup> APCz, 4/35. Distrikt Radom an Stadthauptmann Tschenstochau, 29.3.1944.

munalen Werkstätten, der Gärtnerei, des Wasser- und Kanalwerks oder der Steuerverwaltung – ein „langer Schriftwechsel“ entstanden sei: Im Krankenhaus standen bspw. rund 50 Prozent der nicht von Versicherungen gedeckten Kosten aus. Wenn „energisch gemahnt“ wurde oder die Administration die Forderungen eintreiben ließ, waren viele Schuldner „beleidigt und drohten ihrerseits“ oder versuchten, sich „um die Zahlung bis zum Verziehen oder bis zum Kriegsende herumzudrücken“. Gerade die polnischen Verwaltungsbehörden, die für viele Arbeiten zuständig waren, standen dieser Entwicklung machtlos gegenüber.<sup>86</sup>

Es ist bezeichnend, dass die gravierendsten finanziellen Probleme erst nach der Ermordung der Juden virulent wurden, nachdem deren Ausplünderung vorher zum städtischen Haushalt beigetragen hatte. Gerade Richard Wendler hatte sich dabei hervorgetan, etwa als er dem Tschenstochauer Judenrat die Einwohnerabgabe vorenthielt, die alle Juden zu zahlen hatten. Die Jüdische Soziale Selbsthilfe hatte sich über dieses Vorgehen beim Distrikt Radom beschwert, was Wendler zu einem empörten Brief an die Distriktverwaltung veranlasste:

„Es ist eine Frechheit echt jüdischer Art hier einzuhaken und sich überhaupt an die Regierung zu wenden. [...] Die bei mir leider im Übermaß vorhandenen Juden erheben unter ihren Rassegenossen eine Sonderumlage und sind damit absolut in der Lage, ihre obliegenden Aufgaben fürsorgemäßiger Art zu erfüllen. Die Juden hier in Tschenstochau sind nicht etwa arm, im Gegenteil, diese haben die Verknappung von Lebensmitteln und Bedarfsartikeln benützend die größten Schieber- und Wuchergeschäfte gemacht [...]. Ich weigere mich jedenfalls auch nur einen Groschen amtlicher Gelder einem Juden auszuhändigen.“<sup>87</sup>

Wendlers Weigerung gibt rückblickend nicht nur ein Beispiel für die Radikalisierung der deutschen antijüdischen Politik von unten nach oben, sondern zeigt auch die relative Unabhängigkeit und Macht der lokalen Potentaten: Die Regierung des Generalgouvernements hatte im August 1941 entschieden, dass die Stadthauptmannschaft dem Judenrat dessen Geld nicht vorenthalten dürfe und es rückwirkend zum 1. April 1940 zurückzahlen müsse.<sup>88</sup> Der Distrikt Radom jedoch stand voll hinter Wendlers eigenmächtiger Handlungsweise und genehmigte sie nach weiterer Verschleppung durch den Stadthauptmann schließlich im Mai 1942.<sup>89</sup> Die Volksdeutschen profitierten auch an anderer Stelle indirekt von der nationalsozialistischen Politik gegenüber Polen und Juden. Schon am 14. September 1939 hatte der Chef der Zivilverwaltung in Tschenstochau verfügt, dass herrenloses Vieh an Volksdeutsche abgegeben werden solle und deren Besitz geschützt werden müsse. Zudem hatte er de-

<sup>86</sup> APCz, 4/31. Aktenvermerk der Finanzverwaltung des Stadthauptmanns Tschenstochau, 4.2.1944.

<sup>87</sup> APCz, 4/29. Stadthauptmann Tschenstochau an Distrikt Radom, 23.7.1941.

<sup>88</sup> APCz, 4/29. Regierung des Generalgouvernements an Stadthauptmann Tschenstochau, 9.8.1941.

<sup>89</sup> APCz, 4/29. Distrikt Radom an Stadthauptmann Tschenstochau, 15.5.1942.

kreiert: „Ziel der Behandlung der Juden im Wirtschaftsleben muss sein, sie für die Zukunft restlos auszuschalten und ihre Betriebe in arische Hand zu überführen.“<sup>90</sup> Zunächst waren davon hauptsächlich Industrie- und Großhandelsbetriebe betroffen, deren Leitung allerdings nur selten Volksdeutschen übertragen wurde. Im Oktober 1939 machte sich die Militärverwaltung in einer Dienstbesprechung der Landräte, Oberbürgermeister und Stadtkommissare in Radom Gedanken darüber, wie auch kleinere „in Judenhand befindliche Geschäfte“ arisiert werden könnten.<sup>91</sup> Hier war explizit auch daran gedacht, sie Volksdeutschen zu übergeben: Allein 47 jüdische Bäckereien sowie über 200 jüdische Lebensmittelgeschäfte wurden schon im Oktober 1939 geschlossen und meist zu einem späteren Zeitpunkt an „arische“ Personen übergeben – die unmittelbare Folge war nicht nur eine katastrophale Versorgungslage, sondern auch große Not unter den nun Beschäftigungslosen.<sup>92</sup> Das Telefonbuch für das Generalgouvernement 1942, in dem die Anschlüsse in Tschenstochau dreieinhalb Seiten einnehmen, verzeichnete bereits fast alle größeren örtlichen Betriebe unter Treuhanderschaft. Daneben gab es aber auch einige Volks- bzw. Reichsdeutsche, deren Beruf Treuhandverwalter war: Walter Heinz Benthe etwa firmierte ganz offiziell als „Amtl[icher] Liquidator d[es] jüd[ischen] Vermögens“.<sup>93</sup>

Im Kriegsverlauf verbesserte sich die wirtschaftliche Lage der Volksdeutschen auf Kosten von Polen und vor allem von Juden teilweise ganz erheblich.<sup>94</sup> Die Besatzungsbehörden stellten Arbeitskräfte der Gemeinde für kleinere Hilfstätigkeiten kostenlos zur Verfügung, und Volksdeutsche mit eigenem Gewerbe oder Betrieben griffen zudem häufig auf die billigen jüdischen Arbeiter zurück<sup>95</sup>, die ursprünglich nur in kleineren Trupps bei deutschen Dienststellen eingesetzt waren. Stadthauptmann Wendler hatte verfügt, dass

<sup>90</sup> IfZA, Fb 129/1. CdZ Tschenstochau an Landräte und Oberbürgermeister, 14.9.1939.

<sup>91</sup> IfZA, Fb 129/1. CdZ Radom an Landräte und Oberbürgermeister, 3.10.1939.

<sup>92</sup> Vgl. MŁYNARCZYK (wie Anm. 9), S. 61.

<sup>93</sup> Amtliches Fernsprechbuch für das Generalgouvernement 1942, hrsg. von der Deutschen Post Osten, S. 126-129; der Eintrag zu Benthe auf S. 126. Obwohl nur die wenigsten Betriebe bzw. Geschäfte überhaupt dort verzeichnet sind, ist der Anstieg gegenüber 1941 bemerkenswert, denn in diesem Jahr waren es nur 28 derartige Einträge. Vgl. Amtliches Fernsprechbuch für das Generalgouvernement 1941, hrsg. von der Deutschen Post Osten, S. 325-328.

<sup>94</sup> Vgl. PIETRZYKOWSKI: *Hitlerowcy w Częstochowie* (wie Anm. 10), S. 41.

<sup>95</sup> Vgl. PIETRZYKOWSKI: *Cień* (wie Anm. 10), S. 163 und 178 ff. Im Mai 1942 wurden in Tschenstochau männliche und weibliche jüdische Arbeiter aus folgenden Branchen eingesetzt: 517 Metallhandwerker, davon 176 Lehrlinge; 255 Textilhandwerker und 322 Textilhandwerkerinnen, von Letzteren 185 Lehrlinge; 197 Lederhandwerker; 101 Bauhandwerker; 190 Holzhandwerker; 94 Friseure. Von den Genannten, die natürlich längst nicht alle in volksdeutschen Betrieben arbeiteten, wurden ungefähr zwei Drittel als „kriegswichtig“ bezeichnet: AŽIH, 213/24, S. 48. Arbeitsamt Tschenstochau an Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge der Regierung des GG, 14.5.1942.

der „Judenrat in eigener Zuständigkeit die Zwangsarbeiter auszuwählen und zu stellen“ habe. Wendler schrieb in einem Bericht:

„Wie er sie [die Arbeiter, S.L.] entlohnte, welche Leute er auswählte und ob er deren Arbeitsleistung registrierte, habe ich nicht kontrollieren lassen. Die Juden erhalten, soweit es die Ernährungslage zulässt, lediglich die sehr geringen Kopfmengen an Nahrungsmitteln, die allgemein für sie vorgesehen sind, die aber amtsbekanntlicher Weise nicht zu ihrer Ernährung ausreichen.“<sup>96</sup>

Während des Winters 1939/40 waren so in der Woche durchschnittlich 2 000 jüdische Männer und Frauen im Einsatz.<sup>97</sup> Ihre Bezahlung musste der Judenrat übernehmen, der etwa im Februar 1940 an die zum Schneeräumen abgestellten Arbeitskräfte 25 000 Arbeitstagerwerke à vier Złoty zahlte – und daraufhin in große finanzielle Schwierigkeiten geriet.<sup>98</sup>

Über die Versorgung mit billigen Arbeitskräften hinaus belieferte die Stadthauptmannschaft volksdeutsche Betriebe in Tschenstochau auch mit beschlagnahmten Waren und Maschinen aus jüdischem bzw. polnischem Besitz. In den meisten Fällen waren zuvor keine Preise genannt worden, Schätzwerte wurden erst im Nachhinein festgelegt.<sup>99</sup> Darüber hinaus war es den Kennkarteninhabern relativ leicht möglich, in Wohnungen einzuziehen, in denen zuvor Polen gelebt hatten. Schon Anfang September 1939 hatte der Chef der Zivilverwaltung in Tschenstochau dekretiert, dass Volksdeutsche, die ihr bisheriges Quartier durch Kampfeinwirkung oder „durch polnische Maßnahmen vor der Besetzung“ verloren hatten, in Wohnungen einzuziehen sollten, die „durch Flucht oder Ausweisung bezw. Abtransport“ der Vorbesitzer frei geworden waren.<sup>100</sup> Die recht vage gehaltene Formulierung öffnete dem Missbrauch Tür und Tor, zumal es als oberste Priorität der deutschen Behörden galt, dafür zu sorgen, dass die „Volksdeutschen eine geordnete Unterkunft und hinreichende Lebensmöglichkeit“ erhielten.<sup>101</sup>

In noch größerem Maße profitierten die Volksdeutschen von der Vertreibung der Juden, die gezwungen wurden, ihre Wohnungen in den größeren Straßen der Innenstadt zu verlassen und in das eng abgegrenzte und viel zu kleine Gebiet des späteren Ghettos umzuziehen. Eine entsprechende Verfügung erging am 23. April 1940, obwohl durch den Zuzug von weit über 10 000 Juden vorwiegend aus den westpolnischen Gebieten ohnehin schon

<sup>96</sup> Ebenda. Umfassend Aufschluss zum Einsatz des jüdischen Arbeitsbataillons gibt der Bestand Rada Starszych w Częstochowie [Ältestenrat der Juden in Tschenstochau] im AŻIH, besonders die Akten 213/1-3.

<sup>97</sup> Yad Vashem Archiv, M 54/1480. Stadthauptmann Tschenstochau an HSSPF [Höherer SS- und Polizeiführer] GG, 24.5.1940.

<sup>98</sup> Yad Vashem Archiv, M 54/1480. Stadthauptmann Tschenstochau an Distrikt Radom, 14.3.1940.

<sup>99</sup> APCz, 4/31. Rechnung des Bauverwaltungsamtes Tschenstochau für die Fa. Zettl, 28.10.1942.

<sup>100</sup> IfZA, Fb 129/1. CdZ Tschenstochau an Landräte und Oberbürgermeister, 10.9.1939.

<sup>101</sup> Ebenda.

viel zu wenige Unterbringungsmöglichkeiten vorhanden waren.<sup>102</sup> In die dadurch frei gewordenen Unterkünfte zwangen die Besatzer Polen, in deren Wohnungen wiederum Deutsche einzogen und sich so ein eigenes Wohngebiet schufen.<sup>103</sup> Den vertriebenen polnischen und jüdischen Bewohnern war es zumeist nicht erlaubt, ihre Möbel und ihren Hausrat mitzunehmen.<sup>104</sup> Das städtische Wohnungsamt beschlagnahmte im Laufe des folgenden Jahres zahlreiche möblierte Wohnungen, die es durch eine 50-köpfige jüdische Arbeiterkolonne zuerst instandsetzen ließ und dann an Deutsche übergab.<sup>105</sup>

Die ohnehin schon durch Enteignung und Verarmung gekennzeichnete Lage der jüdischen Bevölkerung Tschenstochaus<sup>106</sup> verschlechterte sich durch die Errichtung des Ghettos noch weiter: Am 9. April 1941 wurde auf Wenders Befehl die Bildung eines geschlossenen Ghettos im östlichen, älteren Teil Tschenstochaus begonnen, in dem mindestens 48 000 Juden leben mussten.<sup>107</sup> Damit verbunden bot sich die Gelegenheit, die Volksdeutschen mit weiterem Wohnraum zu versorgen und damit ein Problem anzugehen, das die Stadtverwaltung im März 1941 als dringend bezeichnet hatte: Die volksdeutschen Familien mit insgesamt knapp 1 200 Personen verteilten sich auf nur 380 Wohnungen (vgl. Tabelle 1), da sich die wenigsten von ihnen Mieten von mehr als 25 Złoty leisten könnten<sup>108</sup>; konkret bedeuteten die Zahlen, dass in einem Zimmer durchschnittlich 1,5 Volksdeutsche lebten. Trotz keinesfalls immer einfacher Umstände ging es ihnen damit unvergleichlich besser als den Juden: Während die Bevölkerungsdichte des Ghettos bei 57 000 Menschen pro Quadratkilometer lag, betrug diese im übrigen Stadtgebiet lediglich 2 895 Menschen pro Quadratkilometer, wobei hier die Volksdeutschen gegenüber der polnischen Bevölkerung deutlich privilegiert waren.<sup>109</sup> Die Statistik vom

<sup>102</sup> Vgl. MŁYNARCZYK (wie Anm. 9), S. 69 f.; BENJAMIN ORENSTEIN: Churban Czenstochow. The Destruction of Czenstokow, Bamberg 1948, S. 68.

<sup>103</sup> Vgl. PIETRZYKOWSKI: Hitlerowcy w Częstochowie (wie Anm. 10), S. 43.

<sup>104</sup> Vgl. SEIDEL (wie Anm. 9), S. 235 f.

<sup>105</sup> IfZA, Fb 129/3. Wohnungsamt Tschenstochau an Distrikt Radom, 10.2.1941.

<sup>106</sup> Zu den sozialen Bedingungen der Tschenstochauer Juden vgl. ISAHIAH TRUNK: Judenrat. The Jewish Councils in Eastern Europe under Nazi Occupation, New York 2001 (zuerst 1972), S. 128.

<sup>107</sup> Yad Vashem Archiv, M 54 / JM 1489. Befehl zur Abschließung des Ghettos in Tschenstochau, 9.4.1941. Vgl. MŁYNARCZYK (wie Anm. 9), S. 118 f. Siehe ferner das Urteil des Schwurgerichts Lüneburg, 2a Ks 2/65, vom 15.2.1966: Justiz und NS-Verbrechen. Die deutschen Strafverfahren wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen, hrsg. von CHRISTIAAN F. RÜTER und DICK DE MILDT, Bd. 23, Amsterdam 1998, S. 206 ff., Urteil Nr. 621a.

<sup>108</sup> IfZA, Fb 129/3. Bericht über die Kreisgeschichte und Bevölkerungsverhältnisse in Tschenstochau, 4.3.1941. Vgl. ferner BERGEN: Nazi Concept (wie Anm. 3), S. 571, die ausführt, wie Volksdeutsche in ganz Osteuropa Wohnungen bezogen, die nach der Deportation und Ermordung der Juden freigeworden waren.

<sup>109</sup> Die Zahlen entsprechen einer eigenen Berechnung nach Justiz und NS-Verbrechen (wie Anm. 107), Bd. 23, S. 205 f. Genaue Zahlen zur Wohnungsbelegung sind für das Ghetto nicht überliefert.

März 1941 ist auch ein Indikator für die nur relative Bedürftigkeit der Kennkartenbesitzer bzw. für die materiellen Verbesserungen, die ihnen seit der Eroberung der Stadt durch die Besatzungspolitik zuteil geworden waren.

Tabelle 1: Wohnverhältnisse der Volksdeutschen in Tschenstochau im März 1941<sup>110</sup>

Art der Wohnung	Anzahl der Wohnungen	Durchschnittliche Belegung
Notwohnungen	8	3,0
1 Zimmer	135	2,7
2 Zimmer	124	3,3
3 Zimmer	64	3,4
4 Zimmer	29	4,0
Mehr als 4 Zimmer	19	3,4

Das Ghetto in Tschenstochau bestand bis zum 21. September 1942. In der Nacht vom 21. auf den 22. September – am jüdischen Versöhnungstag Jom Kippur – begannen SS-Einheiten damit, die jüdische Bevölkerung in das Vernichtungslager Treblinka zu deportieren. Rund 39 000 Juden aus dem Ghetto wurden dort ermordet, 2 000 Juden wurden noch vor Ort in Tschenstochau erschossen. Die Aktion dauerte bis zum 8. Oktober 1942. Danach wurde das so genannte „kleine Ghetto“ errichtet, das bis Juni 1943 existierte und in dem etwa 5 000 bis 6 000 arbeitsfähige Juden lebten.<sup>111</sup> Im Herbst 1942 gingen weitere vormals jüdische Wohnungen und nochmals große Mengen an Hausrat in die Hand von Volksdeutschen über.<sup>112</sup>

Im Frühjahr 1943 verteilte die NSDAP Möbel aus der Textilfabrik „La Czenstochovienne“ an Volksdeutsche, die im Stadtteil Raków wohnen. Da jedoch der kommissarische Stadthauptmann Dr. Friedrich Schmidt<sup>113</sup> den „restlichen Möbelpark“ hatte verkaufen lassen, obwohl der Bestand zumindest teilweise auch für die Volksdeutschen vorgesehen war, reichten die Möbel nicht aus.<sup>114</sup> Zudem soll der in der Fabrik gelagerte Hausrat von so schlechter

<sup>110</sup> IfZA, Fb 129/3. Bericht über die Kreisgeschichte und Bevölkerungsverhältnisse in Tschenstochau, 4.3.1941. 40 weitere Volksdeutsche wohnten in 28 polnischen Wohnungen als Untermieter.

<sup>111</sup> Vgl. Justiz und NS-Verbrechen (wie Anm. 107), Bd. 23, S. 208 f.

<sup>112</sup> Zum staatlichen Raub und den Unterschieden in den einzelnen besetzten Gebieten vgl. den Überblick von DIETER POHL: Der Raub an den Juden im besetzten Osteuropa 1939-1942, in: Raub und Restitution. „Arisierung“ und Rückerstattung des jüdischen Eigentums in Europa, hrsg. von CONSTANTIN GOSCHLER und PHILIPP THER, Frankfurt/M. 2003, S. 58-72, bes. S. 62 ff. Zur „Verwertung“ polnischen und jüdischen Vermögens im Generalgouvernement mit Hilfe deutscher Banken vgl. INGO LOOSE: Kredite für NS-Verbrechen. Die deutschen Kreditinstitute in Polen und die Ausraubung der polnischen und jüdischen Bevölkerung 1939-1945, München 2007 (Studien zur Zeitgeschichte, 75), S. 322-373. Für den Distrikt Radom vgl. MŁYNARCZYK (wie Anm. 9), S. 129-162.

<sup>113</sup> Vgl. SEIDEL (wie Anm. 9), S. 49.

<sup>114</sup> APCz, 4/31. NSDAP-Standortführer Tschenstochau an den Beauftragten des Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums, 13.12.1943.

Qualität gewesen sein, dass er nicht verwendbar war. So konnten nur die ersten 40 bis 50 Volksdeutschen mit Bezugsscheinen für Möbel bedient werden. Die danach eintreffenden Volksdeutschen wollten die übrig gebliebenen Einrichtungsgegenstände nicht mehr haben: Diese restlichen Möbel hätten sich „in einem Zustande, der für Deutsche unwürdig ist“, befunden – und wurden daraufhin an Polen abgegeben.<sup>115</sup>

Nach der Deportation der letzten Juden im Sommer 1943 erhielt die Stadtverwaltung keine weiteren Möbel aus jüdischem Besitz mehr zur Verteilung, weil im „kleinen Ghetto“ kaum mehr Verwertbares vorhanden war. Im örtlichen NSDAP-Haus stammten die Möbel für die dort vorhandenen Wohnungen daher aus Beständen des SS- und Polizeiführers, die dieser bereits 1941 und 1942 konfisziert und für die eigene Verwendung vorgesehen hatte.<sup>116</sup>

Trotz gelegentlicher Engpässe hatten viele Volksdeutsche angesichts der umfassenden Versorgung mit Raubgut eine ausgeprägte Anspruchshaltung entwickelt und verlangten nicht selten direkt, ihnen „Möbel aus dem Ghetto-möbellager“ zu überlassen.<sup>117</sup> Diejenigen, die im Spätsommer 1943 noch in das städtische Lager zum Ausschauen einzelner Stücke hineingelassen wurden, bezeichneten es allerdings häufig „als Unverschämtheit, ihnen noch derartige verkommene Möbel anzubieten“.<sup>118</sup> Wegen der allgemeinen Versorgungsknappheit gerade in den letzten Kriegsjahren beschloss die Stadthauptmannschaft dennoch, die letzten Reste an vorher Juden gehörenden Möbeln im Frühjahr 1944 an volksdeutsche Umsiedler aus Łódź, jetzt Litzmannstadt, auszugeben.<sup>119</sup>

Wie stark die nationalsozialistische Sozial- und Versorgungspolitik für die Volksdeutschen auf der Ausbeutung jüdischer Arbeitskräfte beruhte, zeigt auch die Tatsache, dass gewisse Leistungen nach der vollständigen Deportation der Juden nicht mehr angeboten werden konnten. Ende November 1942 stellte die Stadthauptmannschaft in verharmlosender und verschleiender Diktion fest: „Infolge der durch die Judenaussiedlung bedingten veränderten Umstände sind die ehemaligen Werkstätten des Wohnungsamtes, die in den Bauhof überführt worden sind, nicht mehr in der Lage, wie bisher kostenfrei für Deutsche Wohnungen zu renovieren und einzurichten.“<sup>120</sup> Im Klartext hieß dies, dass nach der Ermordung der Juden einige bisher durch deren Ausbeutung mögliche Leistungen für Volkdeutsche nicht mehr aufrechterhalten werden konnten.

<sup>115</sup> APCz, 4/31. Bericht der Stadthauptmannschaft Tschenstochau, 27.1.1944.

<sup>116</sup> APCz, 4/31. NSDAP-Standortführer an Stadthauptmann Tschenstochau, 17.9.1943.

<sup>117</sup> APCz, 4/31. Waldemar F. an Stadthauptmann Tschenstochau, 10.9.1943.

<sup>118</sup> APCz, 4/31. Aktenvermerk der Stadthauptmannschaft Tschenstochau, 26.8.1943.

<sup>119</sup> APCz, 4/31. Aktenvermerk der Stadthauptmannschaft Tschenstochau, 9.3.1944.

<sup>120</sup> APCz, 4/31. Stadthauptmannschaft Tschenstochau an untergeordnete Dienststellen, 28.11.1942.

## IV.

Die Nationalsozialisten verfolgten mit ihrer die Volksdeutschen begünstigenden Politik einerseits deren „Germanisierung“, andererseits deren Einbindung in die „Volksgemeinschaft“. Die Umsetzung erfolgte weitgehend auf dem Rücken der einheimischen jüdischen und teilweise auch der polnischen Bevölkerung, so dass die Volksdeutschen zu Profiteuren des Rassen- und Vernichtungskriegs wurden, durch das aktive Einfordern bestimmter Leistungen aber auch zu indirekten Tätern. Die Personalpolitik, die die Besatzer im Generalgouvernement verfolgten, machte die Volksdeutschen auch zu Trägern und Ausführenden der deutschen Herrschaft. Da die Verwaltung vor Ort ständig über Kräfterangel klagte<sup>121</sup>, war es nur naheliegend, auf die Kennkarteninhaber zurückzugreifen. Sie kannten die lokalen Gegebenheiten, waren der Landessprache mächtig und sollten zugleich materiell versorgt sowie von den Polen isoliert und in eine deutsche Umgebung integriert werden. Aus diesen Gründen waren sie willkommene Gehilfen des reichsdeutschen Führungspersonals, die für allerlei Aufgaben verwendbar waren, ohne dabei freilich zu wirklichen Entscheidungsträgern aufzusteigen.

In Tschenstochau sorgte der von Heinrich Himmler beauftragte SS-Oberführer Friedrich Katzmann direkt nach dem Einmarsch für die Aufstellung des so genannten „Volksdeutschen Selbstschutzes“<sup>122</sup>, wie es ihn in anderen Teilen Polens auch gab, und viele Volkdeutsche wurden in ihrer Freizeit als Selbstschutzmänner tätig. Die Organisation war im Generalgouvernement und den Reichsgauen Wartheland und Danzig-Westpreußen für zahlreiche Verbrechen verantwortlich und hatte im Distrikt Radom im April 1940 eine Stärke von 4 500 Mann.<sup>123</sup> Bis zur Auflösung im August 1940<sup>124</sup> waren die Mannschaften ständig im Stadtbild präsent und ein Symbol für die veränderten Machtverhältnisse, die die Volksdeutschen nun als „Sieger“ deutlich über die Polen erhoben. Gerade die hauptberuflichen Selbstschutzmänner wurden häufig auch zu Tätern des Holocausts: Ihre Einheiten wurden als Hilfstruppen bei Deportationen und Exekutionen<sup>125</sup> sowie als Wachmannschaften im Ghetto

<sup>121</sup> Vgl. BOGDAN MUSIAL: Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement. Eine Fallstudie zum Distrikt Lublin 1939-1944, Wiesbaden 1999 (DHI Warschau, Quellen und Studien, 10), S. 83-86. Vgl. zum Distrikt Radom SEIDEL (wie Anm. 9), S. 43 f. Die Volksdeutschen in der Verwaltung werden in beiden Studien nicht gesondert berücksichtigt.

<sup>122</sup> HfZA, Fb 129/1. CdZ Tschenstochau an Landräte und Oberbürgermeister, 14.9.1939. Katzmann wurde später bis zum SS-Gruppenführer befördert. Vgl. CHRISTIAN JANSEN, ARNO WECKBECKER: Der „Volksdeutsche Selbstschutz“ in Polen 1939/40, München 1992 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 64), S. 78 f.

<sup>123</sup> Vgl. ebenda, S. 77.

<sup>124</sup> Vgl. ebenda, S. 195.

<sup>125</sup> Vgl. DORIS L. BERGEN: The „Volksdeutschen“ of Eastern Europe, World War II, and the Holocaust. Constructed Ethnicity, Real Genocide, in: Yearbook of European Studies 13 (1999), S. 70-93, hier S. 75 ff.

eingesetzt. Dazu kamen als weitere Aufgaben Streifendienste, Razzien und Hausdurchsuchungen, Absperrdienste sowie Gefängnis- und Lageraufsicht. Damit übernahmen die Selbstschutzmänner Tätigkeiten, die denen der SS- und Polizeitruppen stark ähnelten; allerdings entsprachen im Generalgouvernement nur 20 Prozent der Selbstschutzangehörigen den „rassischen“ Anforderungen, die für eine Aufnahme in die SS galten – gegenüber 40 Prozent in den westpolnischen Gebieten.<sup>126</sup> Wer jedoch den Ansprüchen genügte, wurde in eine „Hilfspolizei“ genannte Truppe aufgenommen, die die personelle Unterbesetzung der regulären Schutzpolizei kompensieren sollte.<sup>127</sup>

Schon bald nach der Eroberung Tschenstochaus beschäftigte auch die Stadthauptmannschaft zahlreiche Volksdeutsche. Die Zivilverwaltung stellte zwar, anders als SS und Polizei, nicht die Mehrheit der am Massenmord Beteiligten, doch ihre Angehörigen leisteten einen entscheidenden Beitrag zu Verfolgung und Ermordung von Juden und Polen.<sup>128</sup> Während der erste deutsche kommissarische Oberbürgermeister Karl Drohberg Ende Oktober 1939 noch mit einem Personalstand von neun Reichsdeutschen auskommen musste<sup>129</sup>, konnte Richard Wendler gute eineinhalb Jahre später bereits auf 34 Beschäftigte zurückgreifen; zu den deutschen Verwaltungsangehörigen kamen noch 14 Polen, die vor allem Handlangerdienste und einfache Arbeiten verrichteten.<sup>130</sup> Im April 1943 hatte sich die Gesamtzahl der reichs- und volksdeutschen Beschäftigten nochmals verdoppelt und war auf 70 angewachsen<sup>131</sup>; trotz des Krieges stieg die Belegschaft bis Januar 1945 sogar auf 80 Personen (vgl. Tabelle 2).<sup>132</sup>

Tabelle 2: Deutsche Beschäftigte bei der Stadthauptmannschaft Tschenstochau<sup>133</sup>

Datum	Reichsdeutsche	Volksdeutsche	einfacher Dienst	mittlerer Dienst	gehobener/höherer Dienst
23.10.1939	9	–	5	3	1
01.05.1941	23	11	26	7	1
01.04.1943	46	24	38	14	8
01.01.1945	52	28	keine Angaben		

<sup>126</sup> Vgl. JANSEN/WECKBECKER (wie Anm. 122), S. 74 f.

<sup>127</sup> IfZA, Fb 129/1. Verordnung des Reichsführers SS, 20.9.1939.

<sup>128</sup> Vgl. MUSIAL (wie Anm. 121), S. 342 f., und SEIDEL (wie Anm. 9), S. 383 f.

<sup>129</sup> IfZA, Fb 129/4. Personalstand Tschenstochau, 23.10.1939.

<sup>130</sup> IfZA, Fb 129/4. Personalstand Tschenstochau, 1.5.1941.

<sup>131</sup> IfZA, Fb 129/4. Personalstand Tschenstochau, 1.4.1943.

<sup>132</sup> IfZA, Fb 129/4. Personalstand Tschenstochau, 1.1.1945.

<sup>133</sup> Nach den Personalstandslisten im IfZA, Fb 129/4. Am 23.10.1939 bestand noch keine Stadthauptmannschaft, sondern nur die Verwaltung eines deutschen Oberbürgermeisters. Der Stadthauptmann bzw. der Oberbürgermeister ist nicht in der Tabelle enthalten. Für 1945 ist die Zahl der Volksdeutschen eine Schätzung, die auf den Geburtsorten und -daten der Einzelpersonen beruht; eine Klassifizierung nach volksdeutsch/reichsdeutsch nimmt die Übersicht für dieses Jahr nicht vor.

Rund ein Drittel der Beschäftigten bei der Stadthauptmannschaft waren Volksdeutsche. Ihr Anteil stieg von rund 32 Prozent 1941 auf 35 Prozent im Jahre 1945. Sie leisteten einen wichtigen Beitrag zum Funktionieren der Behörde, obwohl einschränkend bemerkt werden muss, dass sie nicht in Führungspositionen vorrücken konnten. Die Ursache dafür ist vor allem darin zu sehen, dass die Volksdeutschen in Tschenstochau nicht über die gleiche Ausbildung wie reichsdeutsche Beschäftigte in höheren Positionen verfügten. Darüber hinaus ist festzustellen, dass ihr Durchschnittsalter niedriger als das der reichsdeutschen Beschäftigten der Stadthauptmannschaft war: 32 Jahre gegenüber 37 Jahren 1943, und 30 Jahre im Vergleich zu 41 Jahren 1945.

Ein genauerer Blick zeigt aber auch, dass von den elf Volksdeutschen, die 1941 in der Verwaltung tätig waren, zehn im einfachen Dienst angestellt waren und nur einer im mittleren. Zwei Jahre später waren nur fünf von 24 Volksdeutschen im mittleren Dienst beschäftigt, 17 jedoch im einfachen. Immerhin schuf die Stadthauptmannschaft zwei Stellen für Lehrlinge, die damit eine Arbeit erhielten; im Jahre 1945 waren es bereits fünf volksdeutsche Lehrlinge, die eine Ausbildung bei der deutschen Behörde absolvierten. Für dieses Jahr weist die überlieferte Statistik nicht das genaue Angestelltenverhältnis oder die Bezahlung des Personals aus, dafür gibt sie aber das Einsatzgebiet an: Die Volksdeutschen arbeiteten vor allem dort, wo Kontakt mit der einheimischen polnischen Bevölkerung gegeben war, beispielsweise im „Nicht-deutschen Einwohnermeldeamt“. Gerade ihre Polnischkenntnisse machten die Volksdeutschen zu idealen Gehilfen der reichsdeutschen Besatzer, die meist keine slawische Sprache beherrschten und auch nicht willens waren, Polnisch zu lernen. Als Sprachkundige waren die Volksdeutschen daher unerlässlich für die Verwaltung und die Unterdrückung ihrer ehemaligen Mitbürger. Insgesamt stellten sie das Personal, das nach einem gewonnenen Krieg die Besatzungsherrschaft hätte tragen sollen, obwohl die Nationalsozialisten die Leitungspositionen weiterhin mit Reichsdeutschen besetzten.

## V.

Tschenstochau wurde am 16. Januar 1945 von der Roten Armee befreit. Zu diesem Zeitpunkt waren die Besatzer – und mit ihnen die Volksdeutschen – bereits auf der Flucht nach Westen. In über fünf Jahren deutscher Herrschaft waren über 40 000 jüdische Bewohner der Stadt ermordet worden, nur etwa 5 000 Juden aus Tschenstochau überlebten den Holocaust. Opfer war aber auch die polnische Bevölkerung, die unter Enteignung, Hunger, Entrechtung, Verfolgung und Ermordung durch die Nationalsozialisten litt – wenn auch nicht in gleichem Maße wie die Juden. Polnischen Arbeitern war es beispielsweise trotz massiver Verelendung der Arbeiterschicht noch möglich, von

ihrem Einkommen die Familie zu ernähren, und auch ihre Arbeitsbedingungen waren weniger katastrophal.<sup>134</sup>

Von den Bewohnern Vorkriegspolens waren es nur die Volksdeutschen, die als Gruppe nicht unter der Besatzung litten. Viele von ihnen sahen zu, wie ihre Nachbarn entrechtet, verfolgt und ermordet wurden und profitierten zugleich davon. Hauptsächlich für sie waren in Tschenstochau die wichtigsten nationalsozialistischen Organisationen aktiv und etablierten eine Betreuung, die in ihrer Intensität deutlich über den Standard im Reich hinausging. Die Ursachen dafür sind vielfältig: Erstens galten die Volksdeutschen tendenziell als ideologisch nicht so gefestigt wie die Reichsdeutschen, weil sie lange in Polen gelebt hatten; deshalb sollten sie umworben und gewissermaßen nazi-fiziert werden. Zweitens war ihre materielle Lage nicht mit der im Reich vergleichbar, so dass eine gewisse Sozialfürsorge tatsächlich notwendig erschien. Drittens waren die Volksdeutschen ein Rechtfertigungsgrund für den Angriffskrieg gegen Polen, denn dieser Staat hatte sie ja angeblich an der Pflege ihrer deutschen Lebensart gehindert. Nun sahen die neuen Machthaber die Zeit gekommen, diese Lebensart – und damit implizit den nationalsozialistischen Staat – zur Entfaltung zu bringen. Damit war auch eine Demonstration deutscher Überlegenheit verbunden, denn den Besetzten sollte vor Augen geführt werden, welch umfassende Betreuung die „Volkszugehörigen“ genossen.

Eine deutliche materielle Besserstellung der Volksdeutschen war nur über die wirtschaftliche Ausbeutung und Vernichtung der übrigen Bevölkerung zu erreichen. Die so genannte Volkstumspolitik stand in einem direkten Zusammenhang zu den lokalen antijüdischen Maßnahmen. Die auf Zwangsarbeit, Hunger, Verarmung und Tod der jüdischen und der polnischen Bevölkerung gründende Privilegierung der Kennkarteninhaber war damit Teil der nationalsozialistischen Segregations- und Vernichtungspolitik.

Die Volksdeutschen waren allerdings mehr als nur passive Profiteure. Schon die Zugehörigkeit zur Deutschen Volksliste verlangte ein aktives Bekenntnis zu den nationalsozialistischen Besatzern. Darüber hinaus waren viele Volksdeutsche etwa im Selbstschutz, in SS- und Polizeieinheiten oder in der Verwaltung an Verbrechen gegen die Bevölkerung beteiligt. Wieder andere konnten in Wirtschaftsunternehmen Beschäftigung finden oder aufsteigen und so aus der Enteignung und Ermordung der vorherigen Besitzer und Angestellten Nutzen ziehen. Ohne dieses Personal, das vor allem wegen seiner genauen Kenntnis der örtlichen Verhältnisse und der Sprache wertvoll war, hätte die Besatzung kaum mit gleicher Effizienz organisiert werden können. Dennoch ist der Beitrag von Volksdeutschen wohl am besten als aktive Komplizenschaft zu charakterisieren, denn größeren Einfluss konnten sie selbst auf die lokale Okkupationspolitik nicht ausüben. Die individuellen Maßnahmen wur-

---

<sup>134</sup> Vgl. SEIDEL (wie Anm. 9), S. 118-136; dazu im Vergleich die Lage der Juden: S. 260-269 und 273-277.

den stets vom aus dem Reich stammenden parteitreuen Führungspersonal initiiert und angeordnet.

Angesichts der großen materiellen Vorteile, die mit der Annahme der Kennkarte verbunden waren, meldeten sich viele Volksdeutsche aus Eigennutz und nicht aus nationaler Gesinnung. Insgesamt scheint daher der Zusammenhang von ökonomischen Erwägungen und Regimetreue in den besetzten Ostgebieten noch enger als im Reichsgebiet gewesen zu sein. Die Absicht der Nationalsozialisten, sich die Zustimmung der Volksdeutschen – oder sogar die Volksdeutschen selbst – durch materielle Zuwendungen gewissermaßen zu erkaufen, ist auch hier unverkennbar. Doch trotz des Opportunismus vieler Deutscher erscheint es falsch, etwa mit Götz Aly<sup>135</sup> von Massenraubmord zu sprechen. Auch in Tschenstochau war die Ausraubung der jüdischen Bevölkerung letztlich nur eine Begleiterscheinung des Massenmords und nicht dessen Ursache. Thesenhaft zugespitzt kam den Volksdeutschen dabei gewissermaßen die Rolle eines Katalysators zu: Zu ihren Gunsten beschleunigten die lokalen Machthaber gelegentlich die ohnehin intendierte Vernichtung der Juden.

Trotz des engen Zusammenhangs von Völkermord und Germanisierung und ungeachtet der Beteiligung vieler Volksdeutscher an der Okkupation bleibt festzustellen, dass die nationalsozialistische Volkstumspolitik kaum erfolgreich war. Nur wenige Volksdeutsche entsprachen tatsächlich den rassischen Kriterien, die das Regime für eine Eindeutschung angelegt hatte. Von den reichsdeutschen Besatzern wurden sie – gerade weil sie als Profiteure und Opportunisten galten<sup>136</sup> – nur in Einzelfällen akzeptiert. Die beabsichtigte Integration in die „Volksgemeinschaft“ gelang deshalb kaum, in Tschenstochau blieben die meisten Volksdeutschen eine Art Deutsche zweiter Klasse.<sup>137</sup>

---

<sup>135</sup> Vgl. GÖTZ ALY: *Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus*, Frankfurt/M. 2005.

<sup>136</sup> Dieses Ergebnis widerlegt einmal mehr eine der zentralen Thesen von Götz Aly, die besagt, dass gerade der Profit, den Deutsche aus Besatzung und Holocaust zogen, zu einer Einebnung der Klassenunterschiede geführt hätte, weil größere Teile der Bevölkerung nun am Massenkonsum teilhaben konnten (vgl. ALY (wie Anm. 135), S. 19 f. und 358). Vgl. auch die Rezension von WINFRIED SÜSS in: *sehpunkte* 5 (2005), 7/8 [15.07.2005], URL: <http://www.sehpunkte.de/2005/07/7698.html>.

<sup>137</sup> Vgl. für die Volksdeutschen im Sudetenland VOLKER ZIMMERMANN: „Volksgenossen“ erster und zweiter Klasse? Reichs- und Sudetendeutsche in Böhmen und Mähren 1938-1945, in: *Die „Volksdeutschen“* (wie Anm. 2), S. 257-272.

## Summary

### *“Volksdeutsche” in Czeŝochowa.*

#### *National Socialist Germanisation policy for wrongdoers, profiteers and bystanders of the Holocaust*

The example of Czeŝochowa’s “Volksdeutsche” shows how this section of the population witnessed the disfranchisement, persecution and murder of their Polish and Jewish neighbours and, simultaneously, took advantage from these crimes.

The National Socialists wooed the “Volksdeutsche” and subsidized them well beyond the standards within the Reich. At the same time, their material well-being had to be secured, which could only be attained through the economic exploitation and elimination of the remaining population: The so-called “Volkstum” policy, accordingly, was directly related to local measures against Jews.

The “Volksdeutsche”, however, were more than just passive bystanders, since even belonging to the list of “Volksdeutsche” demanded an active commitment to the National Socialist occupying forces. However, this commitment often was motivated by economic reasons rather than by national-socialist conviction.

Additionally, many “Volksdeutsche” participated in crimes against Jews and Poles as members of the “Volksdeutsche Selbstschutz”, SS and police units or as employees of the administration; others were employed or promoted in companies and thus benefited from the dispossession and killing of their former Jewish owners or employees. On the other hand, Nazi administrators profited from their precise knowledge of local conditions and the Polish language.

On the whole, there was a closer relation between economic considerations and loyalty to the regime in the occupied territories than in the core territories of the Reich. Nevertheless, the contribution of the “Volksdeutsche” is probably best characterized as active complicity, since they could not exert greater influence on the local occupation policy.

In general, the National Socialist “Volkstum” policy was ambivalent. Only few “Volksdeutsche” actually fulfilled the racial requirements postulated by the regime. As objects of a systematic Germanization policy, they were nevertheless not fully accepted by the occupiers, who considered them as profiteers and opportunists. The intended integration into the “Volksgemeinschaft” failed in Czeŝochowa, most “Volksdeutsche” remained a kind of second class Germans.